

# WESTPAPUA JOURNAL



## Cui bono? - Wirtschaftsinteressen und Akteure in Westpapua

### SCHWERPUNKTE

#### **Politik, Wirtschaft und Arroganz**

Wie das Militär die Interessen der Bergbauunternehmen in Intan Jaya schützt

#### **Zwiespalten zwischen Umweltschutz und Entwicklung**

Wie ausländische Unternehmen dies ausnutzen

#### **Von der Verstrickung von Politik, Militär und Unternehmen**

Interview mit Menschenrechtsanwältin Latifah Anum Siregar



# WESTPAPUA JOURNAL

Die Ausgabe 2/2021  
hat die Rundbriefnummer 84

Westpapua-Netzwerk  
Rudolfstraße 137  
42285 Wuppertal  
Telefon: 0202 89004-170, Fax: 0202 89004-179  
E-Mail: [wpn@westpapuanetz.de](mailto:wpn@westpapuanetz.de)  
Internet: [www.westpapuanetz.de](http://www.westpapuanetz.de)

Besuchen Sie uns auch auf Facebook:  
[www.facebook.com/westpapua.netzwerk](http://www.facebook.com/westpapua.netzwerk)  
oder auf Twitter:  
[www.twitter.com/westpapuanetz](http://www.twitter.com/westpapuanetz)

Design und layout:  
AKALBUDI Network (@akalbudinetwork)  
[www.akalbudi.net](http://www.akalbudi.net) | [akalbudi.org@gmail.com](mailto:akalbudi.org@gmail.com)  
Tel/WA +62 (0) 877 7000 8384  
Kunstwerk: Prasto & Eka Apriliawan

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.



Ältere Journalausgaben finden Sie als PDF-Datei unter [www.westpapuanetz.de](http://www.westpapuanetz.de)  
Einzelne Ausgaben können Sie als Druckversion in der Koordinationsstelle nachbestellen.

Um dieses Journal zu abonnieren oder Fördermitglied des Westpapua-Netzwerk zu werden, besuchen Sie bitte: <https://bit.ly/2xTaoQc>



Um unsere E-Infos per Email zu empfangen, besuchen Sie bitte: <http://westpapuanetz.de/mitmachen/newsletter-abonnieren>



Für Großprojekte muss die Landschaft weichen (Foto: Carole Reckinger)  
Straßenszene in Tiom (Photo: Carole Reckinger)



## ▶ INHALT

<b>Mitteilungen der Koordinationsstelle</b>	<b>4</b>
<b>Nachrichten aus und über Westpapua</b>	<b>5</b>
<b>Militär</b>	
Politik, Wirtschaft und Arroganz: Wie das Militär die Interessen der Bergbauunternehmen in Intan Jaya schützt	15
<b>Konzerne</b>	
Zwiegespalten zwischen Umweltschutz und dem Streben nach Entwicklung - wie ausländische Unternehmen dies ausnutzen: Verlust der Genehmigungen für Ölpalmen lässt Dörfer in Papua verunsichert und verängstigt zurück   von <b>Hans Nicholas Jong für Mongabay</b>	23
<b>Politik und Recht</b>	
Wer profitiert – wer wird benachteiligt? Von der Verstrickung von Politik, Militär und Unternehmen in Westpapua   <b>Interview mit der Menschenrechtsanwältin Latifah Anum Siregar</b>	29
Omnibusgesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen: Wirtschaftliche Entwicklung statt Menschenrechte und Umweltschutz   von <b>Chad White</b>	33
Das Partnerschaftsprogramm der Weltbank mit Indonesien (2021-2025): Weltbank erneuert ihre Partnerschaft mit Indonesien durch Länderpartnerschafts-Rahmenprogramm   vom <b>Westpapua-Netzwerk</b>	37
<b>Gesellschaft</b>	
Der Tourismus in Papua Barat: Zwischen ökonomischen Gewinnen und gesellschaftlicher Ausgrenzung für indigene Papuas   vom <b>Westpapua-Netzwerk</b>	42
<b>Buchtipps</b>	
All the Birds are Gone: Indigenous Women Speak Out Against Forest Loss in Papua   <b>Herausgegeben von Asia Justice and Rights (AJAR)</b>	48

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Papua-Freunde,

Im November fand die UN-Klimakonferenz im schottischen Glasgow statt und die Staats- und Regierungschefs, NGO Vertreter und Experten handelten verschiedene Pläne aus, um die Erderwärmung zu stoppen und den Forderungen nach einer grüneren Zukunft gerecht zu werden.

Gleichzeitig hat die ULMWP (United Liberation Movement for West Papua) ihre „Green State Vision“ in Glasgow vorgestellt. Die Vision des Grünen Staates Westpapua ist die „Wiederherstellung, Förderung und Aufrechterhaltung von Gleichgewicht und Harmonie zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Lebewesen, basierend auf Gegenseitigkeit und Respekt gegenüber allen Lebewesen.“

Dieses Gleichgewicht ist derzeit noch gestört und neben der Natur sind es auch oft die indigenen Papuas, die von den Wirtschaftsbestrebungen in ihren Provinzen nur selten in „Gegenseitigkeit und Respekt“ profitieren.

Wirtschaft, Umwelt und Klimaschutz und Menschenrechte hängen auch in Westpapua eng beieinander und stehen sinnbildlich für die Multidimensionalität des Konfliktes in Westpapua, der mehr betrifft als die bloße Frage der politischen Zukunft Westpapas.

In dieser Journalausgabe stellen wir Ihnen daher unterschiedliche Akteure, Branchen und Themen vor, die sich mit Westpapua als Wirtschaftsraum befassen.

So berichtet der Artikel von Hans Nicholas Jong über den Zwiespalt, in dem sich viele indigene Papuas befinden, wenn es um den Wunsch nach technischem Fortschritt geht und dieses Streben danach zu Lasten ihrer Landrechte „eingetauscht“ wird – oft ohne die versprochenen Vorteile tatsächlich zu erhalten.

Wer tatsächlich von dem überarbeiteten Sonderautonomiegesetz profitiert, beantwortet uns im Interview Menschenrechtsanwältin Latifah Anum Siregar. Auch thematisieren wir in dieser Ausgabe das Omnibusgesetz und seine Entwicklungen für Westpapua und stellen das Partnerschaftsprogramm der Weltbank mit Indonesien (2021-2025) vor, welches im Mai 2021 verabschiedet wurde.

In unserer letzten Journalausgabe erzählte uns Meeresbiologe Boris Worm über die Artenvielfalt im Meer vor Raja Ampat. In dieser Ausgabe gehen wir zurück an Land und stellen die Ergebnisse einer Studie vor, die sich mit dem Tourismus in der Provinz Papua Barat befasst und die Rolle der indigenen Papuas in diesem Wirtschaftszweig untersucht hat.

Eine kürzlich erschienene NGO Studie, die wirtschaftliche Interessen hinter illegalen Militäroperationen in Intan Jaya belegt, sorgte für viel Aufsehen und zog sogar eine Klage gegen zwei Menschenrechtsverteidiger\*innen nach sich. Die Ergebnisse dieser Studie stellen wir Ihnen in diesem Journal ebenfalls zusammengefasst vor.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse an Westpapua und die Unterstützung unserer Arbeit.

Auch im nächsten Jahr werden wir gemeinsam mit unseren Partner\*innen in Papua und weltweit weiter dafür arbeiten, dass Menschenrechte in Westpapua gefördert und geschützt werden und die „Green State Vision“ von der Vision zur Wirklichkeit wird.

Wir wünschen Ihnen einen guten und gesunden Start ins neue Jahr.

**Thea Hummel & Barbara Hillebrand**



## Nachrichten aus und über Westpapua

### Corona in Westpapua

#### Impfquoten in Westpapua weiterhin niedrig

Zehn Monate nachdem die indonesische Regierung das COVID-19-Impfprogramm gestartet hat, sind die Impfquoten in den Provinzen Papua und Papua Barat weiterhin niedrig, wie eine aktuelle nationale Zählung zeigt.

Nach Angaben auf der offiziellen Website des Gesundheitsministeriums haben bis zum 3. November 2021 nur 24,8 Prozent des Impfziels von 2.583.771 Menschen in Papua die erste Dosis des COVID-19-Impfstoffs erhalten. Während davon nur 17,6 Prozent die zweite Dosis erhalten haben. Die Provinz Papua hat damit die niedrigste Impfquote für Erstimpfungen von allen indonesischen Provinzen.

In der Provinz Papua Barat haben bis zum 3. November 2021 35,2% Prozent des Impfziels von 797.702 Menschen die erste Impfdosis erhalten und davon 23 Prozent die zweite Dosis.

Die indonesische Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, landesweit 208.265.720 Menschen zu impfen, darunter Mitarbeiter des Gesundheitswesens, ältere Menschen, Beamte, gefährdete

Bevölkerungsgruppen und die breite Öffentlichkeit sowie Kinder im Alter von 12 bis 17 Jahren.

Von dieser Zielvorgabe haben bisher 122.852.096 Menschen die erste Injektion des COVID-19-Impfstoffs erhalten, das sind 58,99 Prozent der gesamten Zielvorgabe, und 36,82 Prozent, also 76.687.750 Menschen, sind aktuell (Stand: 03.11.2021) vollständig geimpft.

Die Daten zeigen, dass die Impfraten im ganzen Land nicht gleichmäßig verteilt sind. Einige Provinzen weisen niedrigere Raten auf als andere und sind weit von der Zielvorgabe entfernt.

Der Leiter der Gesundheitsbehörde der Provinz Papua Barat, Otto Parorongon, sagte, dass das Impfprogramm in Zusammenarbeit mit dem indonesischen Militär (TNI) und der Polizei in jedem Bezirk weitergeführt werde. Parorongon sagte, dass das Bewusstsein der Menschen in der Provinz, sich impfen zu lassen, ziemlich gut sei. „Sie sind bereit, das Impfzentrum zu besuchen“, sagte er am Montag, 1. November 2021. „Zusammen mit der TNI und der Polizei arbeiten wir zusammen, um die Bevölkerung mit COVID-19-Impfungen zu versorgen und gleichzeitig für die Vorteile von Impfungen zu werben, wie z.B. die Verringerung der COVID-19-Fälle in

dieser Provinz“, sagte Parorongon. Er berichtete, dass von den 13 Bezirken und Städten in der Provinz Papua Barat die höchste Impfquote für COVID-19 im Bezirk Manokwari zu verzeichnen sei, wo 53 Prozent die erste Injektion und 39,4 Prozent die zweite Dosis erhalten haben. Die niedrigste COVID-19-Impfrate in der Provinz wurde dagegen im Bezirk Arfak Mountains erreicht, wo nur 109 Personen die zweite Dosis erhielten, was 0,4 Prozent der insgesamt 29.822 Zielpersonen entspricht. „Die Regierung versucht immer noch, über die Gemeindevorsteher auf die Bevölkerung zuzugehen und die Kampagnen und Werbemaßnahmen in den Arfak-Bergen zu verstärken, wobei sie sich auf das Wissen der Einheimischen stützt“, sagte Parorongon. ●

---

## Corona im Sommer 2021 auch in abgelegenen Gebieten angekommen

Lange beschränkte sich ein Großteil der Covid-Infektionen in Westpapua auf größere Städte wie Jayapura oder zu Beginn der Pandemie im vergangenen Jahr auf vermehrte Infektionen in der Belegschaft von Freeport.

Im Sommer 2021 ließ sich jedoch beobachten, dass die Infektionen mit Corona auch in abgelegenen Gebieten von Westpapua zunahmen. Dies stellte insbesondere die Gesundheitsversorgung in diesen Bezirken vor große Herausforderungen. Insbesondere die Versorgung mit Sauerstoff wurde immer schwieriger.

Der Leiter des Gesundheitsamtes des Landkreises Asmat, Richard Mirino, sagte, dass die Zahl der Covid-19-Fälle in abgelegenen Gebieten seit Juli dramatisch zugenommen habe (Stand: August 2021). Die Auslastung der Behandlungskapazitäten lag zu diesem Zeitpunkt bei über 90 Prozent. Medizinischer Sauerstoff wurde in Asmat zu diesem Zeitpunkt nur noch im Agats Regional General Hospital hergestellt, welches über eine vollständige Einrichtung für die Behandlung von Covid-19-Patienten mit schweren Symptomen verfügt. Daher, so Richard damals, erlebe Asmat eine Sauerstoffkrise für die Behandlung von Covid-19-Patienten.

Der Leiter der Abteilung für medizinische Dienste des Wamena-Krankenhauses im Landkreis Jayawijaya, Dr. Imanuel Auparay, erklärte im August 2021, dass die Zahl der Covid-19-Patienten aus abgelegenen Gebieten, die sich einer Behandlung unterziehen, dramatisch gestiegen sei. Der Belegungsanteil für die Patienten mit Covid im Wamena-Krankenhaus hatte zu dem Zeitpunkt



99,2 Prozent der insgesamt 101 Schlafzimmer erreicht. Der tägliche Bedarf nach Sauerstoff überstieg die täglich herstellbare Menge.

Das Wamena-Krankenhaus ist das wichtigste Überweisungskrankenhaus für die Behandlung von Covid-19-Patienten im Zentralgebirge von Papua. „Derzeit ist das Wamena-Krankenhaus

bereits mit dem Umgang mit Covid-19-Patienten aus ganz Jayawijaya und einer Reihe anderer Distrikte überfordert. Wir hoffen, dass es Unterstützung mit angemessener Sauerstoffproduktionsausrüstung, persönlicher Schutzausrüstung und Medikamenten gibt“, sagte Imanuel im Sommer 2021. ●

## Internationale Solidarität mit Westpapua

### Die Organisation Afrikanischer, Karibischer und Pazifischer Staaten fordert OHCHR-Besuch in Westpapua

Die Organisation Afrikanischer, Karibischer und Pazifischer Staaten (englisch African, Caribbean and Pacific Group of States kurz OACPS) hat dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte ihre Besorgnis über Westpapua mitgeteilt.

Der Beschluss, wie er vom OACPS-Botschaf-terausschuss vorgeschlagen und vom Ministerrat angenommen wurde, beauftragte den Präsidenten, an den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte zu schreiben, um „eine dringende Mission nach Westpapua zur Vorlage eines evidenzbasierten, fundierten Berichts über die dortige Menschenrechtslage“ zu ersuchen.

Das Schreiben wurde vom damaligen amtierenden Präsidenten des OACPS-Ministerrats, Jeremiah Manele, dem Außenminister der Salomonen, übermittelt. Die OACPS schreibt in diesem Brief, dass sie Indonesiens volle Souveränität über Westpapua anerkenne, ihr Generalsekretär Georges Rebelo Pinto Chikoti bekräftigte jedoch „das unerschütterliche Engagement der OACPS für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Prinzipien“.

Chikoti würdigte die Arbeit des Pacific Islands Forums zur Situation in Westpapua und sagte, dass die OACPS im Einklang mit den Grundsätzen der Subsidiarität und Komplementarität weiterhin aktuelle Informationen vom Forum erhalten werde.

Das Pacific Islands Forums hat in der Vergangenheit Indonesien mehrfach dazu aufgefordert, einen Besuch des OHCHR in Westpapua und einen unabhängigen Bericht über umfangreiche mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen in Papua zu ermöglichen. Bisher fand noch kein Besuch des OHCHR in Westpapua statt. ●

### UN-Sonderberichterstatterin fordert indonesische Regierung auf, Victor Yeimo ausreichend medizinisch zu versorgen

Mary Lawlor (Irland), die UN-Sonderberichterstatterin für die Situation von Menschenrechtsverteidigern fordert die indonesische Regierung in einem offenen Schreiben dazu auf, „dem westpapuanischen Menschenrechtsverteidiger Victor Yeimo eine angemessene medizinische Versorgung zukommen lassen, damit er nicht im Gefängnis stirbt.“

„Ich habe das schon einmal gesehen: Staaten verweigern kranken, inhaftierten Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern die medizinische Versorgung, was zu schwerer Krankheit oder zum Tod führt“, sagte Mary Lawlor, UN-Sonderberichterstatterin für die Situation von Menschenrechtsverteidigern. „Indonesien muss dringend Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass Herrn Yeimo dieses Schicksal nicht bevorsteht.“ ●



## Vanuatu und Papua-Neuguinea sprechen in der UN-Generalversammlung über die Menschenrechtslage in Westpapua

Westpapua auch im internationalen politischen Kontext sichtbar zu machen, ist eine Aufgabe, die besonders von Staaten des Pazifiks häufig im Rahmen der UN-Generalversammlung aufgegriffen wird. Auch in diesem Jahr äußerte Bob Lougman, Premierminister von Vanuatu, in seiner Online-Rede während der Generaldebatte seine Besorgnis über die Menschenrechtslage in Westpapua. „In meiner Region kämpfen Neukaledonien, Französisch-Polynesien und Westpapua immer noch um Selbstbestimmung. Unter Hinweis auf den in der UN-Charta verankerten Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker ist es wichtig, dass die UN und die internationale Gemeinschaft die betreffenden Gebiete weiterhin unterstützen und ihnen die gleiche Chance geben, ihre eigene Staatlichkeit zu bestimmen“, so Lougman. „In meiner Region leidet die indigene Bevölkerung Westpapas weiterhin unter Menschenrechtsverletzungen. Die Staats- und Regierungschefs des Pacific Islands Forum und der AKP-Staaten (Organisation Afrikanischer, Karibischer und Pazifischer Staaten) haben die indonesische Regierung aufgefordert, dem Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte der

Vereinten Nationen zu gestatten, die Provinz Westpapua zu besuchen und eine unabhängige Bewertung der Menschenrechtslage vorzunehmen. Bis heute gibt es kaum Fortschritte bei diesem Plan. Ich hoffe, dass sich die internationale Gemeinschaft im Rahmen eines angemessenen, von den Vereinten Nationen geleiteten Prozesses ernsthaft mit diesem Problem befasst und es auf faire Weise angeht“, erklärte Lougman in seiner Rede. Einen Tag zuvor hatte James Marape, Premierminister von Papua-Neuguinea, die Bedeutung eines Besuchs unabhängiger UN-Beobachter unterstrichen, um die Menschenrechtsprobleme in Westpapua anzugehen, wie es in einem Kommuniqué des Pacific Islands Forum 2019 heißt, das kurz nach dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Pazifikraums 2019 veröffentlicht wurde.



„... Ich möchte auch an das Pacific Islands Forum Anfang 2019 und den ausstehenden Besuch der Menschenrechtsmechanismen der Vereinten Nationen erinnern, um die Menschenrechtsprobleme in unserer regionalen Nachbarschaft anzugehen. Dieser Besuch ist sehr wichtig, um sicherzustellen, dass die größeren Völker der Region in ihren jeweiligen Hoheitsgebieten Frieden haben und ihre Rechte und ihre kulturelle Würde in vollem Umfang gewahrt werden“, so Marape in seiner Rede. ●

.....



## Überarbeitetes Gesetz zur Sonderautonomie Westpapas

Ein Ausschuss des indonesischen Parlaments zur Überarbeitung des Sonderautonomiegesetzes für Papua hat die Fertigstellung des neuen Gesetzesentwurfs bekannt gegeben. Der Vorsitzende des Ausschusses, Komarudin Watubun, erklärte am 12. Juli 2021 in Jakarta, dass das überarbeitete Sonderautonomiegesetz (RUU Otsus) fertig sei. Der Gesetzentwurf schlägt 19 Änderungen am jetzigen Sonderautonomiegesetzes vor und wurde am 15. Juli 2021 vom indonesischen Parlament verabschiedet. Die Änderungen zu den Artikeln 1, 34 und 75 wurden von der indonesischen Regierung vorgeschlagen. Vor allem die Revision von Artikeln über die Vergabe von Sonderautonomiegeldern und die Bildung neuer Autonomieregionen hatte zuvor für hitzige Diskussionen und öffentliche Empörung in Westpapua gesorgt.

Artikel 34 des Gesetzesentwurfs legt einen neuen gesetzlichen Zeitrahmen für die Verteilung von Sonderautonomiegeldern bis 2041 fest. Darüber hinaus sieht der neue Gesetzentwurf eine Erhöhung der Mittel für die besondere Autonomie von 2 % auf 2,25 % des nationalen allgemeinen Zuteilungsfonds vor und legt fest, dass 1,25 % der nationalen Mittel für Bildung, Gesundheit und die wirtschaftliche Stärkung der indigenen Papuas verwendet werden müssen (RUU Otsus, Artikel 34(3)e). Mindestens 30 % dieses Fonds sollen für die Entwicklung des Bildungswesens und mindestens 20 % für die Verbesserung des Gesundheitssystems verwendet werden.

Artikel 36 RUU Otsus enthält weitere Vorgaben für die Verwendung des Sonderautonomiefonds. Die Provinzregierungen in Westpapua sollen die Sonderautonomiegelder zu 35 % für Bildung, zu 25 % für das Gesundheitswesen, zu 30 % für den Ausbau der Infrastruktur und zu 10 % für die Stärkung indigener Gemeinschaften nutzen. Derzeit beinhaltet Artikel 36 des Sonderautonomiegesetzes

nur Vorgaben für den Gesundheitssektor (15%) und den Bildungssektor (30%).

Artikel 76 des Sonderautonomiegesetzes schreibt vor, dass die Bildung neuer Autonomiegebiete in Westpapua nur mit Zustimmung des Volksrates der Provinz 'Papua' (MRP) und der Provinzparlamente in Papua und Papua Barat erfolgen könne. Im neuen Gesetzesentwurf dürfen neue Sonderautonomieregionen in Zukunft auch durch die indonesische Regierung und das nationale Parlament gegründet werden (RUU Otsus, Artikel 76 (2)). Artikel 76 RUU sorgt somit für eine klare Machtverlagerung zugunsten der Zentralregierung und nimmt dem MRP und den Provinzregierungen die Möglichkeit, die Bildung neuer Provinzen und Landkreise selbstbestimmt zu gestalten.

Darüber hinaus wurden die Paragraphen 1 und 2 des Artikel 28 des Sonderautonomiegesetzes bezüglich der Gründung lokaler Parteien und deren Teilnahme an öffentlichen Wahlen aus dem neuen Gesetzesentwurf gestrichen (UU Otsus, Artikel 28, Paragraphen 1 & 2).

Am 17. Juni 2021 hatten die Volksräte der Provinzen Papua und Papua Barat Klage beim indonesischen Verfassungsgericht mit der Begründung eingereicht, dass die indonesische Regierung mit der Überarbeitung des Sonderautonomiegesetzes unter Ausschluss der Papua Volksräte die rechtlichen Vorgaben verletzt habe. Das Verfassungsgericht hat das Verfahren wegen der wachsenden Zahl an Covid-19-Infektionen in Indonesien auf unbestimmte Zeit vertagt. Der MRP forderte das indonesische Parlament auf, weitere Debatten zur Verabschiedung des Gesetzentwurfs einzustellen, solange das Verfassungsgericht noch nicht zu einer Entscheidung gekommen ist. ●

## Der Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen

Am 7. November 2021 ereignete sich morgens eine Explosion vor dem Haus der Eltern von Veronica Koman in Jakarta. Veronica Koman ist Anwältin und Menschenrechtsaktivisten, die sich für die Rechte der Papuas einsetzt und als anwaltliche Vertretung dieser in mehreren Fällen agiert.

Aktivisten fordern eine gründliche Untersuchung des Vorfalls. Sollte es sich um einen gezielten Anschlag gehandelt haben, so wäre dies nach Angaben von Menschenrechtsgruppen der erste Fall, in dem Bomben gegen Personen eingesetzt wurden, die sich außerhalb der Region mit Fragen zu Westpapua befassen.

Die Polizei erklärte, sie ermittle und bestätige nicht, ob die Explosion durch eine Bombe verursacht wurde. Nach Angaben von Amnesty International wurde zum Zeitpunkt der Explosion ein Brief hinterlassen, der angeblich von „einem Aktivisten, der die Nation verteidigt hat“, geschrieben wurde.

„Wenn die Polizei und die Sicherheitskräfte im Land und im Ausland Veronica Koman nicht festnehmen können ... sind wir aufgerufen, die Erde zu verbrennen, wo immer Sie sich verstecken, einschließlich Ihrer Beschützerhorde“, hieß es in dem Brief.

Unabhängig davon wurde am Sonntag einem anderen Verwandten von Koman ein Paket mit einem toten Huhn geschickt, zusammen mit einem Brief, in dem es hieß: „Jeder, der hilft, Veronica Koman zu verstecken, wird so enden“.

Die Nationale Kommission zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Komnas Perempuan) verurteilte den gegen die Familie verübten Angriff. Sie sagte: „Wir empfehlen der indonesischen Polizei, den Fall unverzüglich zu untersuchen und sicherzustellen, dass das Gerichtsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, um die Kette der Straflosigkeit zu durchbrechen und eine Wiederholung zu verhindern.“

Nach Angaben von Komnas Perempuan werden die Familien von Menschenrechtsverteidiger\*innen oft gezielt eingeschüchert.,,

2019 erhob die indonesische Polizei Anklage gegen Koman wegen angeblicher Verbreitung von Provokationen und angeblichen Falschmeldungen in sozialen Medien, nachdem sie über Polizeigewalt gegen Anti-Rassismus-Demonstranten in Westpapua berichtet hatte. Später versuchte die Polizei, eine internationale Strafverfolgung über Interpol einzuleiten, da Veronica Koman sich weigerte, nach Indonesien zurückzukehren. Als Reaktion auf den Kriminalisierungsversuch forderte ein Expertengremium der Vereinten Nationen die indonesische Regierung auf, die Rechte von Veronica Koman als Menschenrechtsverteidigerin zu schützen.

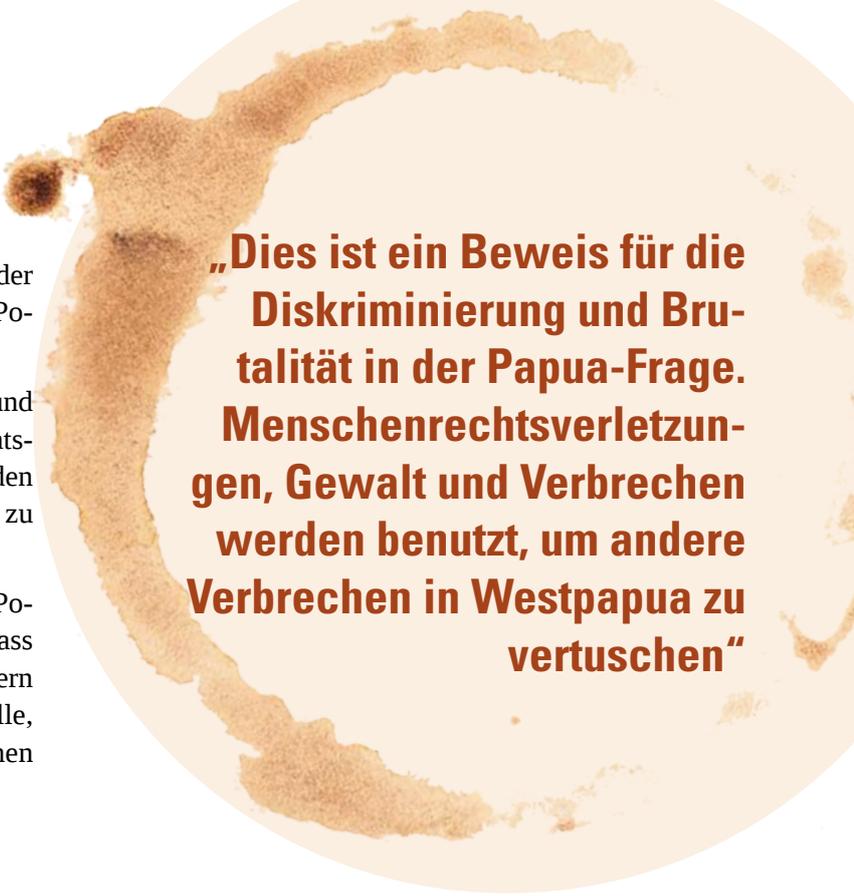
Im August 2020 forderte die indonesische Bildungsfonds-Verwaltungsbehörde (LPDP) von Veronica Koman die Rückzahlung der Gelder, die sie im Rahmen eines Stipendienprogramms für ihr Auslandsstudium erhalten hatte. Veronica Koman verstand diese Forderung als einen neuen Versuch der indonesischen Regierung, sie von ihrer Tätigkeit als Menschenrechtsverteidigerin für Westpapua abzuhalten. Koman setzt sich vom Ausland aus weiterhin für die Belange Westpapas ein und unterstützt Menschenrechtsaktivisten aus Papua, die sich für Tausende von Binnenvertriebenen in der Region einsetzen, die aufgrund des Konflikts zwischen dem indonesischen Militär und der Papua-Befreiungsarmee fliehen mussten.

Komans Fall ist der jüngste in einer Reihe von Vorfällen, die sich gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen richten. Zu den anderen Personen, die in letzter Zeit ins Visier genommen wurden, gehören die Aktivisten Haris Azhar und Fatia Maulidiyanti, die gegen Politiker ermittelt haben, die Bergbauunternehmen in Westpapua betreiben. Gegen beide wird strafrechtlich ermittelt, nachdem sie vom Minister für maritime Angelegenheiten und

Investitionen, Luhut Binsar Pandjaitan, einem der in dem Dokument erwähnten Politiker, bei der Polizei angezeigt wurden.

„Dies ist ein Beweis für die Diskriminierung und Brutalität in der Papua-Frage. Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und Verbrechen werden benutzt, um andere Verbrechen in Westpapua zu vertuschen“, sagte Azhar.

Der Leiter der Presseabteilung der Nationalen Polizei, Brigadegeneral Rusdi Hartono, sagte, dass die Explosion vor dem Haus von Komans Eltern untersucht werde, ebenso wie andere Vorfälle, die sich gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen richteten. ●



**„Dies ist ein Beweis für die Diskriminierung und Brutalität in der Papua-Frage. Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und Verbrechen werden benutzt, um andere Verbrechen in Westpapua zu vertuschen“**

## Indonesien & Klimaschutz

### Indonesien und die UN-Klimakonferenz 2021

In unserer letzten Journalausgabe berichteten wir über die anhaltende Abholzung des Regenwaldes in Westpapua. Auch in anderen Provinzen in Indonesien schreitet die Abholzung voran. Dies führt zu einem größeren CO<sup>2</sup> Ausstoß. Weltweit zählt Indonesien zu den größten Emittenten.

Seit Anfang November findet die UN-Klimakonferenz im schottischen Glasgow statt. Dort verpflichteten sich mehr als 100 Staaten dazu, die Entwaldung spätestens 2030 zu stoppen. Indonesien schloss sich diesem Abkommen an, um nur Tage später Kritik daran zu üben.

So berichtete „Der Spiegel“, dass die indonesische Umweltministerin Siti Nurbaya Bakar das Abkommen als „unfair und unangemessen“ einordnete. Vize-Außenminister Mahendra Siregar fügte hinzu, dass im Abkommen gar keine Rede davon sei, die Rodung von Regenwäldern spätestens 2030 vollständig zu stoppen. So sei nach dem indonesischen Verständnis auch denkbar, weiter Bäume zu fällen und durch Neupflanzungen

den Nettoverlust trotzdem auf null zu reduzieren. Anstatt das Ziel des Abkommens in einem Stopp der Entwaldung zu sehen, würde die indonesische Regierung das Abkommen als Verpflichtung für eine »nachhaltige Waldbewirtschaftung« verstehen. ●

---

### Koreanischer Palmölproduzent Korindo verliert FSC-Zertifizierung

Der koreanische Palmölkonzern Korindo wird im Oktober 2021 seine Nachhaltigkeitszertifizierung durch den *Forest Stewardship Council (FSC)* verlieren. Der FSC hatte mit Korindo zusammengearbeitet obwohl verschiedenen Umweltgruppen wiederholt schwere Vorwürfe gegen das Konglomerat erhoben hatten. Der FSC hat nun beschlossen, Korindo die Zertifizierung zu entziehen, nachdem die Beziehung zum Konzern „nicht mehr tragbar“ geworden war. Das FSC-Zertifikat soll Verbraucher darüber informieren, dass Güter unter menschenrechtswürdigen Verhältnissen auf nachhaltige Weise produziert werden.

„Wir konnten bei Korindo keine Verbesserungen bei der Einhaltung sozialer und ökologischer Standards beobachten“, sagte Kim Carstensen, internationaler FSC-Generaldirektor, in einem Interview mit der Nachrichtenagentur BBC. Die Korindo-Gruppe erklärte durch ihren Chief Sustainability Officer, Kwangyul Peck, dass das Unternehmen „sehr schockiert über die FSC-Entscheidung“ sei und betonte, dass Korindo sich an einen vereinbarten Fahrplan zur Beseitigung von Missständen gehalten habe.

*Greenpeace International* und *Forensic Architecture* veröffentlichten im November 2020 die Ergebnisse einer Satellitenbildanalyse. Beide Organisationen kamen zu dem Schluss, dass Korindo bei der Rodung von Regenwäldern in Westpapua große Waldflächen durch Brandrodungen entwaldet hatte, eine Methode die sowohl nach indonesischem Recht als auch nach FSC-Nachhaltigkeitsstandards strengstens verboten ist.

Laut einem Bericht des FSC aus dem Jahr 2018 wurden Hinweise gefunden, welche darauf hindeuten, dass Korindo Primärregenwälder in großem Umfang abgeholzt habe. Der FSC sagte jedoch, er habe keine ausreichenden Beweise für vorsätzliche Verbrennungen gefunden. Korindo verkaufte daher weiterhin sein Palmöl mit dem FSC-Nachhaltigkeitszertifikat. Der vollständige Bericht wurde nie veröffentlicht, da Korindo damit drohte, den FSC im Fall einer Veröffentlichung zu verklagen. Die sensiblen Ergebnisse der FSC-Studie kamen schließlich doch an die Öffentlichkeit, nachdem eine Kopie des Berichts in die Hände der BBC fiel.

Umweltorganisationen in Indonesien werfen der Korindo Group vor, gegen nationale Plantagenvorschriften zu verstoßen. Das Konglomerat besitzt drei Palmölunternehmen im Landkreis Merauke mit einer Landfläche von 80.931 ha und drei Plantagen im Landkreis Boven Digoel, die eine Gesamtfläche von 67.706 Hektar haben. Das ist mehr als jeder andere Palmölkonzern in Westpapua. Nach indonesischen Plantagenvorschriften ist die Konzessionsfläche für Palmöl und andere landwirtschaftlichen Güter pro Konglomerat

auf 20.000 Hektar innerhalb einer Provinz oder 100.000 Hektar in ganz Indonesien beschränkt. Eine Ausnahme besteht für die Provinzen Papua und Papua Barat, wo die maximale Landnutzungsgrenze das Doppelte der maximalen Landnutzungsfläche pro Provinz beträgt. ●

---

## Deutsche Bundesregierung schafft die Förderung für Biokraftstoffe aus Palmöl ab 2023 ab

Der Konflikt in Westpapua ist multidimensional und verbindet neben politischen Interessen auch wirtschaftliche Bestrebungen in Westpapua.

Ein wichtiger Faktor ist die wirtschaftliche Attraktivität Westpapas aufgrund der zahlreichen Bodenschätze oder auch als Standort für den Anbau von Ölpalmen-Plantagen. Mit Auswirkungen besonders für die indigenen Papuas, die durch die fortschreitende Entwaldung immer größere Teile ihrer Lebensgrundlage und Geschichte verlieren.

Der im Regenwald gebundene Kohlenstoff entweicht durch die Abholzung und macht die Abholzung zugunsten von Ölpalmen-Plantagen in Westpapua in Zukunft zu einem starken Motor für den Klimawandel und den Verlust der Arten- und Pflanzvielfalt Südostasiens.

Nichtsdestotrotz soll gerade oft Palmöl die Klimabilanz in Dieselmotoren verbessern - auch in Deutschland. Palmöl mit dem Ziel Tankstelle macht sogar den größten Anteil des Verbrauchs in Deutschland aus. Zusammen mit den Schritten des Raffinerieprozesses bis hin zum Transport von Südostasien nach Europa hat Palmöl jedoch eine schlechte Klimabilanz. Darauf hat die Bundesregierung nun mit einer geänderten Verordnung reagiert, die das Bundeskabinett jetzt beschlossen hat.

Ab 2023 schafft die deutsche Bundesregierung die Förderung für Biokraftstoffe aus Palmöl ab. Anstelle des Palmöls fördert der Bund demnach

künftig nur noch fortschrittliche Biokraftstoffe aus Abfall- und Reststoffen wie etwa Gülle oder Stroh. »Klimafreundliche Kraftstoffe leisten einen wichtigen Beitrag für mehr Klimaschutz im Verkehr. Doch was gut fürs Klima ist, darf nicht der

Umwelt schaden«, sagte Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD). Für Biosprit Wälder zu roden oder Moore trocken zu legen, sei »nicht hinnehmbar«. ●

## Bürgerliche und Politische Rechte

### Bewaffneter Konflikt in Intan Jaya

Bei bewaffneten Zusammenstößen zwischen indonesischen Sicherheitskräften und der Nationalen Befreiungsarmee Westpapas (TPN PB) in der größten Stadt Sugapa in Intan Jaya kam am 26. Oktober 2021 ein zweijähriges Kind, Melpianus Sondegau, ums Leben. Ein weiterer Minderjähriger namens Yoakim Majau (sechs Jahre alt) erlitt bei dem Vorfall eine Schussverletzung im Rücken. Helfer brachten beide Opfer in das örtliche Gesundheitszentrum, mussten aber nach Hause zurückkehren, da das Gesundheitszentrum bereits geschlossen war und kein medizinisches Personal mehr anwesend war. Zeugen berichten, dass die Schüsse aus Richtung des Militärkommandos (Koramil) in Sugapa kamen. Die Feuergefechte dauerten vom späten Nachmittag bis 21:00 Uhr. Die Sicherheitslage in Sugapa ist weiterhin angespannt.

Der zweijährige Melpianus Sondegau starb einige Stunden nach dem Angriff an den Folgen seiner Schusswunde im Bauch. Der sechsjährige Yoakim Majau erlitt eine Schussverletzung im Rücken. Ersten Informationen zufolge befanden sich beide Opfer in ihrem Haus, als die Schüsse fielen. Die Kugeln durchschlugen Berichten zufolge die Wand. Ein Militärangehöriger wurde Berichten zufolge während der Schießereien durch eine Kugel verletzt.

Mehr als 5000 Personen haben seit Ende Oktober Schutz in Kirchen gesucht und sind vor dem bewaffneten Konflikt geflohen. ●

### Bewaffneter Konflikt im Landkreis Pegunungan Bintang

Nachdem es im September im Zuge des bewaffneten Konflikts im Landkreis Pegunungan Bintang zu einem Angriff der TPNPB auf öffentliche Einrichtungen kam, hat sich der bewaffnete Konflikt dort weiter verschärft. Die Nationale Befreiungsarmee hat sich zu dem Brand von öffentlichen Gebäuden, darunter eine Schule und eine Krankenstation, bekannt, bestritt jedoch, die Mitarbeiter\*innen angegriffen zu haben. Bei dem Angriff auf das Gesundheitszentrum verstarb eine Mitarbeiterin und mehrere wurden verletzt.

Seit dem Vorfall haben indonesische Sicherheitskräfte mutmaßliche Dorfhochburgen der Unabhängigkeitskämpfer stärker ins Visier genommen. Zwischen dem 10. und dem 21. Oktober soll es nun in demselben Landkreis zu mehreren Hubschrauberangriffen mit Sprengstoffen durch das Militär gekommen sein, wie verschiedene Beobachter berichten. Verschiedene Beobachter geben an, dass indonesische Militärhubschrauber Sprengstoff auf mehrere Dörfer in dem Landkreis Pegunungan Bintang in der Provinz Papua abgeworfen haben. Nach Zeugenaussagen fanden die Luftangriffe in den Dörfern Pelebip, Kiwi, Delpem und Lolim statt, die alle im Bezirk Kiwirok liegen. Die Häuser in den betroffenen Dörfern sind Berichten zufolge aufgrund der Angriffe bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Infolge des Angriffes im September und des anhaltenden bewaffneten Konflikts in dem Landkreis sind mehr als 2.000 indigene Papuas im Landkreis Pegunungan Bintang Berichten zufolge aus ihren Häusern geflohen. Vertreter der lokalen

Regierung in Pegunungan Bintang kündigten an, dass die Regierung die Rückkehr von mehr als 300 Binnenvertriebenen aus Kiwirok vor Dezember 2021 ermöglichen werde. Die Binnenvertriebenen haben an 17 Orten in der größten Stadt des Bezirks, Oksibil, Lager errichtet, da die Häuser und öffentlichen Einrichtungen in Kiwirok zerstört wurden. Lokale Regierungsvertreter in Pegunungan Bintang riefen Lehrer, Ärzte und Mitarbeiter des Gesundheitswesens auf, an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren, sobald sich die Sicherheitslage in dem Landkreis erholt habe.

Viele indigene Papuas aus dem Landkreis sind jedoch auch zu Fuß über die Berge in den Nachbarstaat Papua-Neuguinea geflüchtet bzw. haben dies noch vor. Ein Sprecher der OPM, Jeffrey Bomanak, sagte, dass die Flüchtenden vor den indonesischen Militäroperationen, einschließlich Hubschrauberangriffen, fliehen, die nach seinen

Angaben in etwa 14 Dörfern erhebliche Zerstörungen angerichtet haben. Während einige der Papuas nur für kurze Zeit über die Grenze flüchten, mischen sich andere unter die allgemeine Bevölkerung in verschiedenen abgelegenen Dörfern entlang der porösen Grenzregion.



In der Grenzregion in Papua-Neuguinea gibt es in einigen Gemeinden auch die Furcht davor, in das Kreuzfeuer des indonesischen Militärs geraten zu können, das die papuanischen Kämpfer verfolgt. ●

## Binnenflüchtlinge in Maybrat

Die TPNPB hat sich zu der Tötung von vier Soldaten im Dorf Kisor, Landkreis Maybrat, am 2. September 2021 bekannt. Zwei Soldaten wurden bei dem Angriff schwer verletzt. Nach Angaben des Nachrichtenmagazins Suara Papua flohen Dorfbewohner in Kisor aus Angst vor militärischen Übergriffen als Reaktion auf den bewaffneten Angriff auf den Militärposten in Kisor aus ihren Häusern. Nach Angaben des Militärs sind bereits zwei zusätzliche Einheiten nach Maybrat entsandt worden. Sie sollen die Täter finden und festnehmen.

Bewaffnete Angriffe auf Angehörige der Sicherheitskräfte hat es in Maybrat seit Jahren nicht mehr gegeben. Im September 2021 schätzten örtliche Beobachter, dass die Zahl der Binnenvertriebenen im Bezirk Maybrat auf fast 3.000 angestiegen sei. In der Zwischenzeit soll die Zahl der in Maybrat stationierten Militärangehörigen auf 400 Personen angestiegen sein.

Das Militär errichtete neue militärische Kontrollpunkte an den wichtigsten Verbindungsstraßen, an denen Armeeangehörige vorbeikommende Dorfbewohner kontrollieren und ihr Gepäck durchsuchen. Sie beschlagnahmten traditionelle Waffen und Gartengeräte der Bevölkerung. ●



## Politik, Wirtschaft und Arroganz

### Wie das Militär die Interessen der Bergbauunternehmen in Intan Jaya schützt

Ein Bericht mehrerer Nichtregierungsorganisationen in Westpapua

#### Einführung

Nachdem der koordinierende Minister für Politik, Recht und Sicherheitsangelegenheiten Mahfud MD die Nationale Befreiungsarmee Westpapas TPNPB offiziell als terroristische Vereinigung eingestuft hatte, heizte sich der bewaffneter Konflikt zwischen der TPN-PB und dem TNI-Militärapparat weiter auf.

Schon vorher wurden immer wieder neue Truppen in Westpapua stationiert. Nach offiziellen Angaben soll das Militär gegen die Separatisten vorgehen aber zu häufig fällt die unschuldige Zivilbevölkerung den gewaltsamen Militäroperationen zum Opfer. Im letzten Jahr sind mindestens 24 Zivilist\*innen in Intan Jaya bei

Auseinandersetzungen zwischen dem indonesischen Militär und der TPNPB getötet worden.

Die Vereinigung von Menschenrechtsverteidiger\*innen PAHAM und die Kommission für vermisste Personen und Opfern von Gewalt KontraS dokumentierten 63 Vorfälle militärischer Gewalt durch das Militär und/oder der Polizei von Januar bis Dezember 2020, bei denen es 304 zivile Opfer gab. Dabei waren bei 33 Fällen Polizisten (POLRI) involviert, bei 22 Fällen das Militär (TNI) und bei acht Fällen handelte es sich um eine gemeinsame Aktion der Polizei und des Militärs.

Drei Motive sind für die gewaltsamen Aktionen der Sicherheitskräfte des Jahres zu nennen: politische und wirtschaftliche Interessen und Arroganz.



Denkmal in Jayapura © Carole Reckinger

Die Menschenrechtsverletzungen in Westpapua werden im Allgemeinen durch Entwicklungsprojekte ausgelöst, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Konflikte verursachen. Auch der Einsatz von Militärpersonal an verschiedenen Stellen in Papua führt oft zu gewaltsamen Konflikten. Die Sicherheitskräfte werden eingesetzt, um zum Beispiel die Aktivitäten der Bergbauindustrie wie der größten Goldmine Indonesiens, die der PT Freeport Indonesia gehört, zu schützen, aber auch, um gegen den bewaffneten Widerstand der Free Papua Movement (OPM, dt. Organisation für die Freiheit Westpapas) vorzugehen.

Die militärischen Operationen in Westpapua sind größtenteils illegal. Für einen solchen Einsatz von Streitkräften bräuchte es eigentlich einen Beschluss des Präsidenten, welcher vom Parlament genehmigt wird. Zudem ist nicht bekannt, wie

viele Militärangehörige in Westpapua stationiert sind. Eine Anfrage von KontraS wurde von der zentralen Führung des indonesischen Militärs nicht vollständig beantwortet.

Dieser Bericht konzentriert sich auf die Beziehung zwischen Firmenkonzessionen und Militäreinsätzen im Gebiet Intan Jaya im zentralen Hochland Westpapas, wo häufig gewaltsame Konflikte stattfinden. In den letzten zwei Jahren sind bei bewaffneten Konflikten in diesem Gebiet mindestens 34 Menschen getötet oder verletzt worden. Unzählige traumatisierte Menschen haben ihre Häuser verlassen und befinden sich noch immer auf der Flucht. Statt für Sicherheit und Frieden zu sorgen, verursacht die Präsenz des Militärs Angst und Unruhe. Einige Quellen sagten dem Dokumentationsteam dieses Berichts, der Terror werde absichtlich geschaffen, um von den Aktivitäten der Bergbauunternehmen abzulenken.

Eine Analyse ergab, dass vier Unternehmen potenziell von der Präsenz von TNI/POLRI-Sicherheitsposten in der Nähe ihrer Konzessionen profitieren könnten. In den Führungsrängen zweier Unternehmen, sitzen einige ehemalige und sogar aktive Offiziere. Einige dieser identifizierten ehemaligen Mitglieder der Streitkräfte waren auch Teil des örtlichen Wahlkampfteams des amtierenden Präsidenten Joko Widodo. Diese beiden Unternehmen sind auch dafür bekannt, verschiedene Menschenrechts- und Umweltverletzungen zu begehen, die indigenen Papuas schaden.

## Hintergrund

Die neue Einstufung von „bewaffnete kriminelle Gruppe“ zu „terroristische Vereinigung“ erfolgte nicht lange nach dem Tod von I Gusti Putu Danny Karya Nugraha<sup>1</sup>, dem Chef des Regionalen Geheimdienstes Papua und Generalmajor der Armee. Als Reaktion auf diesen Vorfall plant die Regierung auch, die Truppenstärke in Papua zu

1 Die Nationale Befreiungsarmee Westpapas (TPNPB) bekannte sich offiziell zu der Tötung von I Gusti Putu Danny Karya Nugraha Karya. Die Schießerei ereignete sich am 25. April 2021, als der Geheimdienstchef das Dorf Dambet im Distrikt Beoga des Bezirks Puncak in der Provinz Papua besuchte.

erhöhen und Militäroperationen durchzuführen. Die offizielle Bezeichnung als „Terrorgruppe“ ist ein neues Kapitel in der langen Geschichte der Operationen des Staatsapparats (Polizei und Armee) in Papua, obwohl die Zahl der Truppen auch vorher bereits ständig aufgestockt wurde und im nationalen Vergleich sehr hoch war.

Das Vorhaben der Regierung kann zu einer Eskalation des Konflikts führen. Laut Untersuchungen von Tempo & KontraS sind allein in diesem Jahr mindestens 2.032 Sicherheitskräfte (TNI & POLRI) in verschiedenen Teilen Papuas für verschiedene Zwecke stationiert. Die meisten dieser Mitarbeiter (TNI & POLRI) waren bei der Operation Nemangkawi im Zeitraum vom 01. Januar bis 30. Juni 2021 eingesetzt. Andere sind Mitglieder der Sicherheitskräfte der Polizei, der Sondergruppe für „soziale Konflikte“, der Sondergruppe für die Sicherheit von PT Freeport Indonesia und für die Sicherheit der Wahlen.

Diese Zahl beinhaltet noch nicht die Zahl der TNI-Soldaten, die zu verschiedenen Zwecken nach Papua geschickt wurden. Beispielsweise wurden bei nur einem Transport 1.350 Soldaten entsandt, um die Grenze zwischen der Republik Indonesien und Papua-Neuguinea zu sichern. Victor Yeimo, der Sprecher des Nationalen Komitees-Westpapua (KNPB), der derzeit inhaftiert ist, nannte eine noch höhere Zahl. Ihm zufolge wurden allein in den ersten drei Monaten des Jahres 2021 insgesamt 3.609 neue TNI-Soldaten nach Papua entsandt. In den letzten drei Jahren seien inzwischen mindestens 21.609 TNI-Soldaten nach Westpapua entsandt worden. Diese Zahlen ergeben sich aus verschiedenen Medienberichten sowie offiziellen und öffentlichen Stellungnahmen des Staates.

## Vorgehensweise bei der Studie

Die Autor\*innen dieser Studie gingen von der Grundannahme aus, dass sich hinter der

Gewaltserie immer auch ein wirtschaftliches Interesse verbarg. Diese Annahme basiert jedoch nicht auf Vorstellungskraft, sondern auf Beobachtungen der Methoden des Militärs an anderen Orten in der Vergangenheit.

Otto Syamsuddin Ishak stellte fest, dass während des Aceh-Konflikts (1989-2003) viele Soldaten vom Cannabishandel profitierten. Während des Ambon-Konflikts profitierte die vom Militär betriebene PT Perindustrian Darat (Pindad) vom Handel mit Munition.

George Junus Aditjondro beschreibt die drei Zweige der fragwürdigen Geschäfte des Militärs: Der erste Zweig sind die institutionellen Geschäfte in Form von Gesellschaften unter dem Dach verschiedener Stiftungen und Genossenschaften, die von militärischen oder polizeilichen Institutionen gegründet wurden. Zweitens, das nicht-institutionelle Militärgeschäft durch die Besetzung hoher Posten in unterschiedlichen Unternehmen mit ehemaligen und aktiven Offizieren. Viele dieser Unternehmen befinden sich im Besitz von Militärfamilien oder zivilen Konglomeraten. Drittens: die große Grauzone. Dazu gehören illegale Abholzung, Schutzkosten für Unternehmen, illegaler Waffenhandel, Drogenhandel, Menschenhandel und Zwangsprostitution bis hin zum Handel mit seltener Flora und Fauna. Die drei Zweige des Militärgeschäfts können miteinander verbunden sein, sich gegenseitig beeinflussen und gleichzeitig in einer bestimmten Region oder einem Unternehmen auftreten.

Das Team konzentrierte sich auf Unternehmen im Gebiet Intan Jaya, die mit Holzeinschlaggenehmigungen (HPH), Monokulturplantagen (HGU), Holzplantagen (HTI) und Bergbau (IU Mining) arbeiten. Zudem wurde offengelegt, welche Unternehmen besondere Verbindungen mit den Sicherheitskräften haben (TNI und POLRI). Hier ist auch die Nähe zwischen Unternehmensstandorten und Militärposten ausschlaggebend. Darüber hinaus berücksichtigte das Team auch die neue



Kein Ausweg © Carole Reckinger

Trans-Papua-Straße<sup>2</sup>, die das Potenzial hat, die Mobilität des Militärs zu erhöhen. So befinden sich besonders viele Militärposten in der Nähe der Trans-Papua-Straße. Viele Kritiker sind der Meinung, dass die Straße eher den Unternehmen und dem Militär als der Zivilbevölkerung zugutekomme.

### Gesetzlich festgelegte Aufgaben der Sicherheitskräfte

Das Team hält die Militäroperationen in Westpapua für illegal. Grundlage der Argumentation ist eine Analyse der Dokumentation schwerer Menschenrechtsverletzungen in Papua, die von der Rechtshilfeorganisation LBH Papua veröffentlicht wurden.

2 Die Trans-Papua-Autobahn (indonesisch: Jalan Raya Trans-Papua) umfasst 12 Straßenabschnitte, von denen sich einige noch im Bau befinden, in den Provinzen Papua und Papua Barat. Die Straßen erstrecken sich von Sorong bis Merauke mit einer Gesamtlänge von 4.325 km.

Nach internationalen Maßstäben wird die TPNPB-Gruppe rechtlich als „Kombattanten“ eingestuft. Nach nationalem Recht wird TPNPB jedoch von der Polizei als bewaffnete kriminelle Gruppe (KKB) definiert, so dass „Operation Kamtibmas und Militäroperationen gestartet wurden“. Zu beachten ist, dass die Polizei gemäß Artikel 13 Buchstaben a und b des Gesetzes Nr. 2 von 2002 über die indonesische Nationalpolizei die Aufgabe der Strafverfolgung hat. Gleichzeitig wird die TPNPB vom Militär als „bewaffnete kriminelle Separatistengruppe“ bezeichnet (Kelompok Kriminal Separatis Bersenjata, KKSB). Damit legitimiert die TNI ihre Operationen als Kriegsführung gegen separatistische Bewegungen, in Übereinstimmung mit den Pflichten der indonesischen Nationalarmee gemäß Artikel 7 Absatz (2) Buchstabe b Nummer 1, Gesetz Nummer 34 von 2004 über die indonesische Nationale Armee.

Die sogenannten „Operasi Militer Selain Perang“ (OMSP) sind Operationen, bei denen keine kriegerischen Auseinandersetzungen mit anderen Ländern stattfinden. In der Regel

handelt es sich hierbei um friedliche Einsätze, beispielsweise humanitäre Hilfe nach Katastrophen. Des Weiteren gehören zu den Aufgaben die „Bekämpfung bewaffneter Rebellionen, separatistischer Bewegungen und die Überwindung transnationaler Verbrechen und friedenserhaltende Maßnahmen“ gemäß Artikel 1 Nummer 11, Verordnung Nummer 66 des Präsidenten von 2019 über die Organisationsstruktur der indonesischen Nationalen Streitkräfte. Gesetz Nr. 34 von 2004 über TNI über den Einsatz von TNI-Streitkräften besagt in Artikel 17:

1. Die Befugnis und Verantwortung für den Einsatz von TNI-Streitkräften liegt beim Präsidenten.

2. Im Falle des Einsatzes von TNI-Streitkräften nach Absatz (1) muss der Präsident innerhalb von 48 Stunden die Zustimmung des Repräsentantenhauses DPR für den Einsatz einholen, nachdem er der Kammer Bericht über den Einsatz erstattet hat. Für den Fall, dass das Repräsentantenhaus den Einsatz nicht genehmigt, muss der TNI-Einsatz sofort eingestellt werden.

Diese Schritte wurden bei keinem der Polizei- und Militäroperationen in Westpapua unternommen. Weder hat ein Präsidialdekret solche Einsätze gefordert, noch wurden sie vom Repräsentantenhaus genehmigt. Somit sind die Operationen und die Stationierung von Truppen, wie sie in Westpapua stattfinden, illegal - wurden bisher jedoch vom Präsidenten nicht gestoppt.

### Zahl der stationierten Truppen im Hochland

Das Team identifizierte Militärposten (TNI POLRI) in fünf Distrikten im zentralen Hochland der Provinz Papua: den Landkreisen Intan Jaya, Mimika, Nduga, Puncak und Puncak Jaya.

Aus zwei Gründen wurden diese fünf Gebiete in dieser Studie für die räumliche Analyse ausgewählt. Erstens stellte das Team fest, dass die Zahl der Konflikteskalation in diesen Gebieten in den letzten Jahren tendenziell hoch war. Zweitens stellte das Team auch fest, dass sich der Einsatz von TNI POLRI-Personal, die von außerhalb Papuas kommen, hauptsächlich auf diese Gebiete konzentriert (vor allem Nahe der Trans-Papua Straße). Der Einsatz von Militärpersonal in Westpapua gliedert sich in zwei Modelle, sogenannte „organische“ und „nicht-organische“ Truppen, also die permanent stationierten Truppen und die, die nur für kürzere Einsätze stationiert werden (in der Regel auf ein Jahr begrenzt).

In jedem der obengenannten fünf Landkreise gibt jeweils ein Polizeirevier (Polres), in Nduga und Puncak seit 2020. Permanente Militärstützpunkte (Kodim) sind seit mehreren Jahren in Puncak Jaya (seit 2013) und Mimika in Betrieb. In Intan Jaya und Puncak wurden vorübergehende Kodim

eingerrichtet. Es ist nicht bekannt, wie viele Sicherheitskräfte im zentralen Hochland und insgesamt in Westpapua stationiert sind. Auf eine Anfrage von KontraS antwortete sowohl das Provinzparlament Papua als auch das Büro des Gouverneurs Lukas Enembe, es sei „schwierig, Daten zu der Zahl „nicht-organischer“ Truppen zu erhalten“. Das TNI Hauptquartier behauptete, die Information über die Zahlen der Truppen in Westpapua sei vertraulich. Unterschiedlichen Untersuchungen zufolge kommt auf 97 Zivilist\*innen in Westpapua ein Sicherheitsbeamter. Landesweit ist das Verhältnis 296:1. Die Konzentration der Sicherheitskräfte in Westpapua ist also deutlich höher als in anderen Regionen Indonesiens.



Militärangehöriger in Westpapua

## Bergbauunternehmen in der Region

Vier Bergbauunternehmen wurden für die Studie besonders unter die Lupe genommen.

Erstens, PT Freeport Indonesia (PTFI). Das Hauptkonzessionsgebiet liegt im Landkreis Mimika, jedoch sucht der Konzern auch im Distrikt Sugapa im Landkreis Intan Jaya seit längerem nach Gold. Der Standort ist Teil des PTFI-Arbeitsvertrags (CoW) II von 1991, der besser als Wabu-Block bekannt ist. Im Jahr 2015 gab PTFI den Wabu-Block im Rahmen eines Verhandlungsabkommens an die Zentralregierung zurück. 51,23 % der Aktien von PTFI befinden sich nun im Besitz der indonesischen Bergbau-Holdinggesellschaft MIND ID. Abgesehen von PTFI gibt es mehrere andere Unternehmen, die Teil von MIND ID sind, PT ANTAM Tbk, PT Bukit Asam Tbk, PT Inalum (Persero) und PT Timah Tbk. Am 22. September 2020 hat der Minister für Staatsunternehmen, Erick Thohir, an den Minister für Energie und Bodenschätze geschrieben, um die Verwaltung des Wabu-Blocks an PT ANTAM zu übertragen. Nicht lange danach erklärte der Direktor der Holding BUMN Mining (MIND ID) auch, dass der Gouverneur von Papua beantragt habe, den Abbau des Wabu-Blocks unter Beteiligung von MIND ID durchzuführen. Angehängt war ein vom Gouverneur unterschriebener Brief, mit der Empfehlung für einen Gewerbebereich Sonderbergbau (Wilayah Izin Usaha Pertambangan Khusus, WIUPK) des Wabu-Blocks mit einer Fläche von 40.000 Hektar unter Verwaltung von MIND ID.

Das Konzessionsgebiet Wabu Block grenzt an den Militärposten Hitadipa Korami, einer nicht-permanenten Basis. Aus den Explorationsergebnissen von PTFI im Wabu-Block ging hervor, dass es Goldreserven von mehr als 116 Millionen Tonnen Erz gibt. Der Mineralgehalt jedes Erzes beträgt durchschnittlich 2,16 Gramm Gold und 1,76 Gramm Silber. Mit anderen Worten: das Goldpotenzial im Wabu-Block entspricht 8,1 Millionen Tonnen Gold. Von Anfang an hatte die TPNPB geäußert, dass sie die Bergbauaktivitäten im Wabu-Block ablehne. Sie forderte den Gouverneur von Papua auf, das am 24. Juli 2020 in Jayapura

ausgestellte Empfehlungsschreiben für Gewerbebereich Sonderbergbau (WIUPK) Nummer 540/11625/SET zurückzuziehen.

Das zweite Unternehmen ist das Unternehmen PT Madinah Qurrata ,Ain. Das Unternehmen mit einer Konzession von 23.150 Hektar befindet sich noch in der Goldexplorationsphase. Zuvor war diese Firma im Besitz von zwei Personen, nämlich Hj. Dasril und H. Ason. Dieses Unternehmen ging daraufhin eine Partnerschaft mit einem australischen Unternehmen, West Wits Mining, ein. Vor kurzem wurde West Wits Mining jedoch Eigentümer von 64% der Anteile an Madinah Qurrata ,Ain. Im Jahr 2016 hielt West Wits Mining ebenfalls einen Anteil von 30% an Tobacom Del Mandiri oder PT Tambang Raya Sejahtera – eine Tochtergesellschaft der Toba Sejahtera Group – als Form einer Geschäftsallianzvereinbarung. Das Konzessionsgebiet MQ grenzt an mehrere Sicherheitsbasen wie die Polizeireviere in Sugapa und Intan Jaya und der nicht-permanenten Militärbasis in Intan Jaya.

Das dritte Unternehmen ist PT Nusapati Satria. Die Konzessionsgenehmigung wurde 2011 mit einer Fläche von 25.170 Hektar erteilt. Das Unternehmen befindet sich noch in der Goldexplorationsphase in unmittelbarer Nähe zu einem Dorf im Distrikt Sugapa. Tatsächlich liegt der Standort der Konzession dieses Unternehmens auch in der Nähe der Polizeireviere in Sugapa und Intan Jaya und der nicht-permanenten Militärbasis in Intan Jaya.

Das vierte Unternehmen ist PT Kotabara Mitratama. Administrativ befindet sich diese Firma im Landkreis Paniai, Provinz Papua. Der 40.116 Hektar große Firmenstandort liegt jedoch direkt an der Grenze zum Landkreis Intan Jaya und wird direkt von der Trans-Papua Straße durchquert.

## Offiziere im Vorstand

Nicht alle in Intan Jaya identifizierten Unternehmen haben Verbindungen zu Militärangehörigen (TNI/POLRI). Die beiden unabhängigen Unternehmen sind PT Nusapati Satria und PT Kotabara Mitratama. Der Eigentümer von PT Kotabara

Mitratama ist ein ehemaliger Beamter bei der Generaldirektion Bergbau im Ministerium für Bergbau und Energie (jetzt Ministerium für Energie und Bodenschätze) von 1983 bis 1992, nämlich Sahat Parulian Pasaribu. Pasaribu ist auch als President Director von PT Bona Mitra Property und Commissioners bei PT Indexim Coalindo aufgeführt. Für PT Nusapati Satria sind nicht viele Daten zu finden.

Zwei weitere Unternehmen, nämlich PT Freeport Indonesia (PTFI) und PT Madinah Qurrata ,Ain (MQ) haben starke Verbindungen zum Militär . Im Fall von MQ stellte das Team fest, dass es mindestens drei Namen von Beamten gab, die mit dem Unternehmen in Kontakt standen, nämlich der pensionierte Polizeibeamte Rudiard Tampubolon, der pensionierte TNI-Offizier Paul Prananto und der pensionierte TNI-Offizier und jetzige koordinierende Minister für Maritime Angelegenheiten und Investitionen (Menko Marves), Luhut Binsar Panjaitan (LBP). Beim Goldprojekt am Darewo-Fluss verteilte der Anteilseigner West Wits Mining ebenfalls einen Anteil von 30% an PT Tobacom Del Mandiri (TDM). Der President Director von TDM ist TNI-Offizier a.D. Paulus Prananto. In einer Veröffentlichung erklärt West Wits Mining eindeutig, dass TDM für Forstgenehmigungen und für die Sicherheit des Zugangs zu Projektstandorten verantwortlich sei. TDM ist Teil der PT Toba Sejahtera Group. Der Minderheitsaktionär von Toba Sejahtera ist der TNI-Offizier a.D. Luhut Binsar Panjaitan. Zwei ehemalige TNI-Offiziere, die mit dem MQ-Unternehmen verbunden sind, Paulus Prananto und Luhut Binsar Panjaitan, waren 2014 und 2019 Mitglieder im Wahlkampfteam Bravo Lima des Präsidenten Joko Widodo.

Im Fall der geplanten Goldmine im Wabu-Block stellte das Team fest, dass es fünf Militärangehörige (TNI/POLRI) gab, die in den Unternehmen involviert sind. Einer von ihnen ist der TNI-Offizier a.D. Hinsia Siburian, der als Kommissar von PT Freeport Indonesia tätig ist. In den Jahren 2015-2017 war Siburian Kommandant der Einheit XVII/Cenderawasih Papua (ist also mit der

Sicherheitsthematik in Westpapua vertraut). Auch er war Teil des Wahlkampfteams von Joko Widodo.

Das Unternehmen, das mit der Arbeit auf dem Freeport-Konzessionsland Wabu Block beauftragt wurde, das an die indonesische Regierung zurückgegeben wurde, ist PT ANTAM. Für PT ANTAM arbeiten der TNI-Offizier a.D. Agus Surya Bakti und der Generalpolizeikommissar General Bambang Sunarwibowo. Gleichzeitig ist Bambang Sunarwibowo auch noch als Hauptsekretär des staatlichen Geheimdienstes (BIN) tätig. Bei der MIND ID haben der pensionierten TNI Doni Monardo und Muhammad Munir Vorstandsposten. Bislang ist Muhammad Munir auch als Vorsitzender des Ausschuss für strategische Analyse des Staatlichen Geheimdienstes aufgeführt.

Man kann also davon ausgehen, dass hinter der Reihe illegaler Militäroperationen in Intan Jaya wirtschaftliche Interessen stecken und dass die Besetzung der wichtigen Posten in den Unternehmen mit Militär und Polizei kein Zufall ist. Einige der genannten Offiziere wurden in der Eliteeinheit Kopassus ausgebildet und eini-



ge waren und sind für den Geheimdienst aktiv. Viele ehemalige Offiziere gehen auch in die Politik, indem sie zuerst den Wahlkampf des jetzigen Präsidenten unterstützen und dann später wichtige Posten bekommen.

## Die Opfer der Militäroperationen

Die direkten Opfer des bewaffneten Konflikts zwischen dem Militärapparat TNI/POLRI und der TPNPB sind natürlich Zivilist\*innen. Behauptungen, dass örtliche Bewohner Mitglieder oder Spione der bewaffneten Separatistengruppen seien, sind ein Vorwand für Erschießungen und Verfolgungen. Auch Kinder werden Opfer von Schießereien. Natürlich verfolgen Angst und Traumata die gesamte Gemeinschaft von Intan Jaya. Viele flüchten vor der Brutalität der Sicherheitskräfte. Nach Angaben der Regierung des Landkreises Intan Jaya sind 1.237 Personen aus der Zivilgesellschaft als Geflüchtete bekannt. Viele von ihnen fliehen nach Nabire aus Angst vor den Auseinandersetzungen zwischen TNI/POLRI und der TPNPB/OPM.

Was in Intan Jaya geschieht – Gewalt, Schießereien, Tötungen, Landraub und Umweltschäden – kann als Auswüchse militärischer Interessen verstanden werden. Diese militärischen Interessen umfassten zwei Spektren: wirtschaftliche und politische. In wirtschaftlicher Hinsicht sind militärische Interessen im Zusammenhang mit der Existenz von Großinvestitionen zu sehen, die Sicherheitsdienste in Anspruch nehmen oder sogar bestimmte Personen des Militärs in die Reihen des Unternehmens aufnehmen. In politischer Hinsicht hat das indonesische Militär ein Interesse daran, sein Territorium in Papua als Einheitsstaat der Republik Indonesien durch die Vernichtung der TPNPB zu verteidigen.

Zwei Goldminenunternehmen, die Explorationsgenehmigungen in Intan Jaya besitzen, PT Madinah Qurrata ,Ain und PT ANTAM (Blok Wabu),

sind Beispiele für Unternehmen, die starke Verbindungen zu TNI & POLRI unterhalten. Laut den Aufzeichnungen von LPMA SWAMEMO (Indigenous Peoples Development Institute of Swalanani, Mee und Moni) umfassen die Auswirkungen der Präsenz dieser Goldrauffirma (PT Madinah Qurrata ,Ain) folgendes:

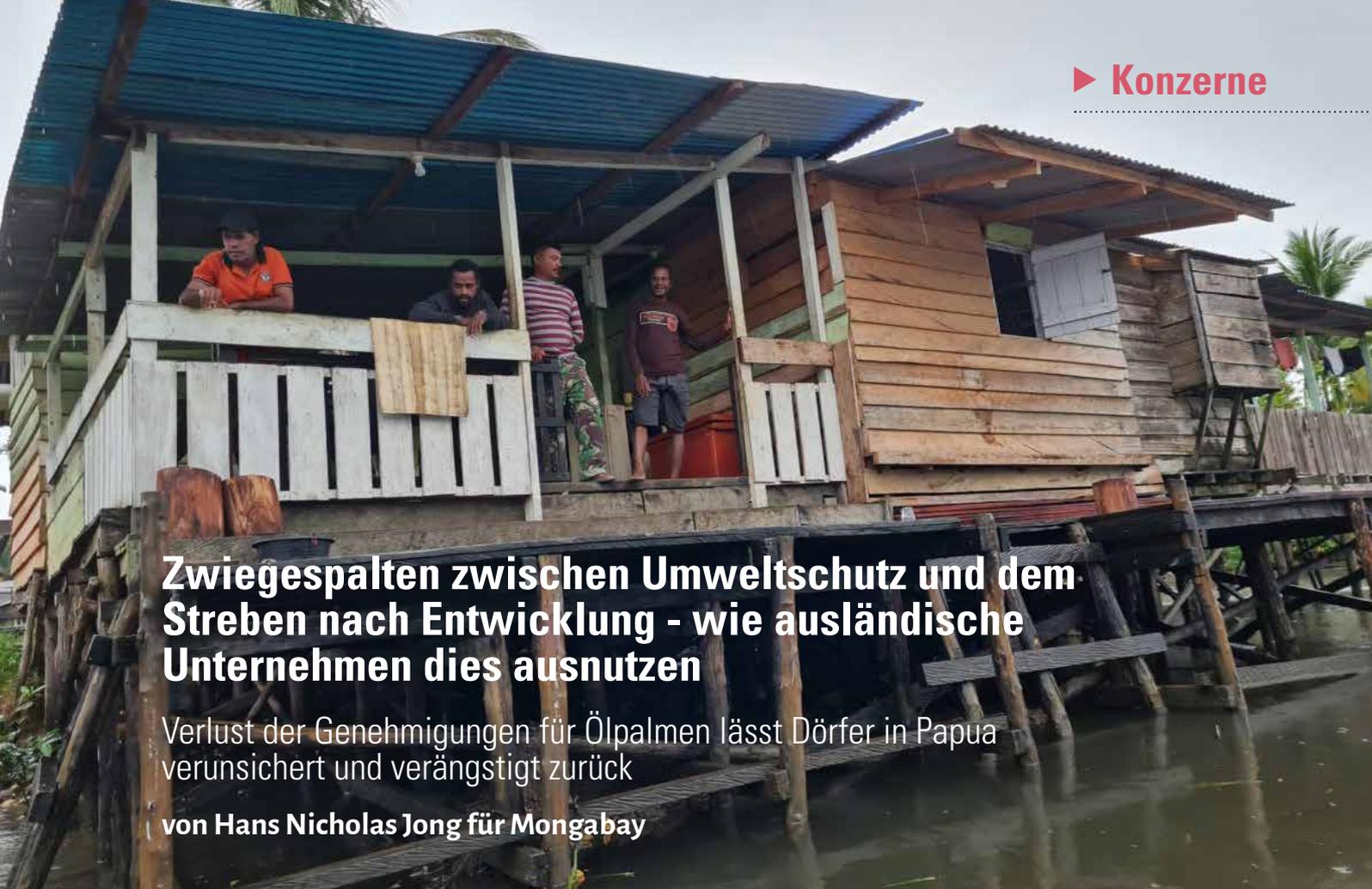
1. Menschenrechtsverletzungen (Schießereien);
2. Umweltzerstörung;
3. Entziehung und Beschlagnahme von Naturgütern, insbesondere von Gold; und
4. Die Ausbreitung von HIV und Aids durch Prostitution in den Bergbaugebieten.

Das Team der Studie stellt einige Forderungen an die Regierung:

1. Die Zentralregierung muss alle Mitglieder der Sicherheitskräfte der TNI/POLRI, die ohne politische Legitimation in Westpapua eingesetzt sind, abziehen.
2. Die Regierung muss entschieden gegen Offiziere vorgehen, die Menschenrechtsverletzungen begehen.
3. Die Regierung muss die Lizenzen von Unternehmen widerrufen, die keine Genehmigung von der lokalen Gemeinschaft erhalten.
4. Die zentralen und lokalen Regierungen müssen Sicherheit und Frieden in Intan Jaya priorisieren, indem sie gute soziale Dienste aufbauen.
5. Die Regierung muss den militärischen Ansatz in den politischen Entscheidungen bezüglich Westpapua unverzüglich aufgeben.
6. Die Regierung muss die Praxis überprüfen, bei denen Militär und Polizeioffiziere wichtige Posten in Unternehmen besetzen können. Dies liegt daran, dass dies das Potenzial hat, militärische Geschäftspraktiken zu verschärfen und die Eskalation gewaltsamer Konflikte zu verschärfen, die in sozialer, wirtschaftlicher und politischer Ungerechtigkeit in Westpapua wurzeln. ●

---

*\*Dies ist eine Zusammenfassung und Übersetzung eines Berichts von #BersihkanIndonesia, YLBHI, WALHI Eksekutif Nasional, Pusaka Bentara Rakyat, WALHI Papua, LBH Papua, KontraS, JATAM, Greenpeace Indonesia und Trend Asia.*



## Zwiegespalten zwischen Umweltschutz und dem Streben nach Entwicklung - wie ausländische Unternehmen dies ausnutzen

Verlust der Genehmigungen für Ölpalmen lässt Dörfer in Papua verunsichert und verängstigt zurück

von Hans Nicholas Jong für Mongabay

Gisim-Dorfbewohner in Papua Barat © Hans Nicholas Jong für Mongabay

**M**it seinen üppigen Regenwäldern und langen Stränden scheint Waimon, ein Küstendorf in der indonesischen Provinz Papua Barat, ein idyllischer Ort zu sein. Doch einige Einwohner halten es für einen lebensfeindlichen, fast unwirtlichen Ort. Grund dafür sind seine Abgeschiedenheit und die starken Regenfälle, die die Fahrt mit dem Boot zu einer tödlichen Angelegenheit machen können.

„In Waimon zu leben ist wie ein Spiel mit dem Leben“, sagt Hendrikus Malalu, ein Einwohner. „Gott liebt uns immer noch - wenn er es nicht täte, wären wir schon alle umgekommen.“ Die einzige Möglichkeit für die Dorfbewohner, in andere Teile der Region zu gelangen, ist der Seeweg; es gibt keinen Straßenzugang. Das Dorf hat auch nur nachts Strom, wenn die Dorfbewohner ihre dieselbetriebenen Generatoren einschalten.

Inmitten dieser Einschränkungen haben zwei der drei Stämme des Dorfes ein Palmölunternehmen willkommen geheißen, das ihnen ein besseres Leben als einzigen Ausweg versprach.

Jetzt, da die Regierung des Landkreises Sorong, in dem das Dorf liegt, die Genehmigungen des Unternehmens *PT Papua Lestari Abadi (PLA)* widerrufen hat, fragen sich die Indigenen dort nach ihrer Zukunft und haben Angst vor den Folgen des Widerrufs.

*PLA* war eines von mehreren Palmölunternehmen, denen nach einer Prüfung durch der Regierung in der Provinz Papua Barat, in der sich einige der größten noch intakten Waldgebiete Indonesiens befinden, die Genehmigung entzogen wurde. Die Prüfung selbst war Teil eines Moratoriums der Zentralregierung, mit dem die Erteilung neuer Palmöl-Lizenzen eingefroren wurde, nachdem es zu Bränden auf Ölpalm-Konzessionen und jahrelanger unkontrollierter Abholzung im Zusammenhang mit der Industrie gekommen war.

Das Moratorium, das im September dieses Jahres auslief, ordnete auch eine Überprüfung aller bestehenden Lizenzen an, ähnlich wie bei einer früheren Überprüfung von Bergbaulizenzen, bei der mehr als 2.000 Genehmigungen aufgrund



Die Gemeinden sagen, sie wollen nur ein besseres Leben © Hans Nicholas Jong für Mongabay

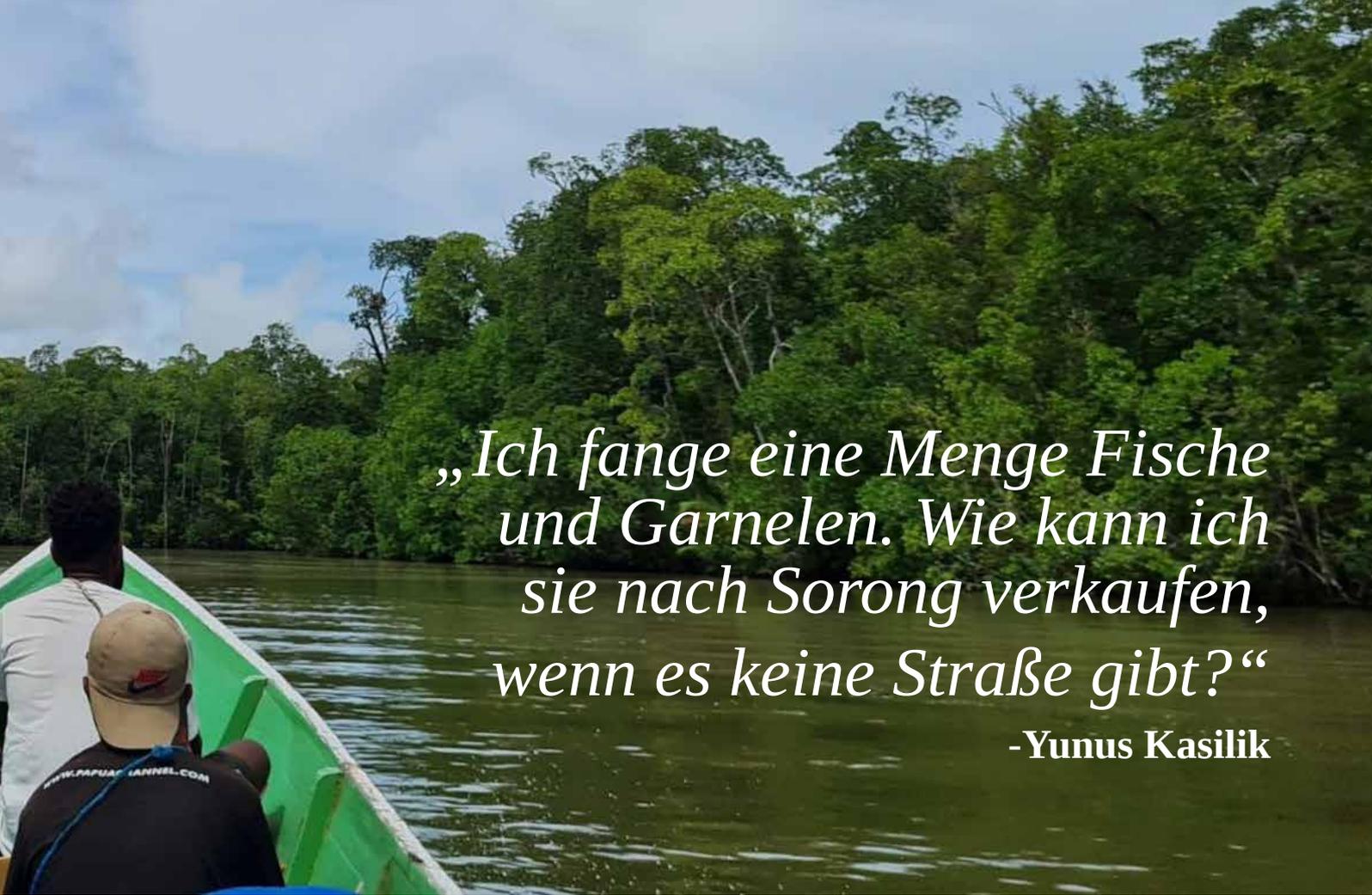
aufgedeckter Unregelmäßigkeiten aufgehoben wurden. Nur sehr wenige Genehmigungen für Ölpalmen wurden von der Zentralregierung vor dem Auslaufen des Moratoriums widerrufen. In Papua Barat jedoch widerrief die Provinzregierung die Lizenzen von 14 Unternehmen, nachdem sie eine ganze Reihe von Unregelmäßigkeiten und Verstößen festgestellt hatte.

Der Schritt in Papua Barat, der am Ende des Moratoriums erfolgt, könnte als Testfall dafür dienen, wie Regierungsbeamte versuchen, Lizenzen von potenziell mächtigen Unternehmen zu entziehen. Dies könnte trotz des abgelaufenen Moratoriums noch möglich sein, da die indonesische Regierung sagt, dass sie die bestehenden Vorschriften nutzen werde, um Fragen der Nachhaltigkeit in der Palmölindustrie anzugehen.

Kurz nachdem die Provinzregierung die Genehmigungen widerrufen hatte, reichten *PLA* und ein weiteres betroffenes Unternehmen, *PT Sorong Agro Sawitindo (SAS)*, das eine Konzession im Dorf Gisim besaß, eine Klage gegen Johny

Kamuru, den Landrat des Landkreises Sorong, ein. Die beiden Unternehmen wollen erreichen, dass ein Gericht die Entscheidung der Regierung annulliert und ihnen ihre Konzessionen zurückgibt. Sie argumentieren, der Entzug ihrer Lizenzen habe ihnen geschadet.

Benidiktus Hery Wijayanto, Leiter des Landwirtschaftsministeriums der Provinz Papua Barat, sagte, die Regierung habe allen Grund gehabt, den beiden Unternehmen die Konzessionen zu entziehen, da sie mangels Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegen das Gesetz verstoßen hätten. Zu den nicht erfüllten Verpflichtungen gehört die Erlangung einer Anbaurechtsgenehmigung (HGU), die letzte einer Reihe von Lizenzen, die Ölpalmen-Unternehmen erhalten müssen, bevor sie mit dem Anbau beginnen dürfen. Die beiden Unternehmen schienen auch nichts getan zu haben, seit sie ihre Genehmigungen im Jahr 2009 erhalten hatten, fügte Benidiktus hinzu. „Sie hatten überhaupt keine Aktivitäten in Sorong“, sagt er. „Sie hatten keine Büros. Wenn man Regierungsbeamte in Sorong fragt, gibt es auch kein einziges



*„Ich fange eine Menge Fische und Garnelen. Wie kann ich sie nach Sorong verkaufen, wenn es keine Straße gibt?“*

**-Yunus Kasilik**

Dokument [über die beiden Unternehmen]. Erst als wir die Prüfung auf Provinzebene durchführten, bekamen wir die Dokumente.“ Benidiktus sagte, dass es ihm schließlich gelungen sei, einen PLA-Mitarbeiter ausfindig zu machen, der ihm sagte, dass sowohl PLA als auch SAS keine Aktivitäten auf ihren Konzessionen begonnen hätten, weil sie über keine Betriebsmittel verfügten. Das bedeutet, dass die Konzessionen der Unternehmen technisch gesehen aufgegeben wurden, was nach Ansicht von Piter Ell, einem Anwalt der Bezirksregierung von Sorong, ein Grund für den Entzug der Genehmigung sei. Piter Ell berichtete ebenfalls, dass PLA und SAS auch gegen das Kartellgesetz verstoßen hätten, da sie dieselbe Person, Ronald Louis Sanuddin, als Geschäftsführer haben. Beide Unternehmen haben auch dieselbe Adresse, die sich laut Piter als Büro eines anderen Unternehmens namens *Papua Diving* herausstellte. Benidiktus sagte, dass die beiden Unternehmen keine Büros in der Provinz Papua Barat hatten und dass sie erst dann ein Büro in Sorong einrichteten, als sie eine Klage gegen den Landrat von Sorong einreichten.

Die Ähnlichkeiten zwischen den beiden Unternehmen hören damit nicht auf.

Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation *Pusaka*, die sich für die Rechte indigener Völker einsetzt, gehören PLA und SAS ein und derselben Person. Die Aktien beider Unternehmen gehören *PT Pilar Sukses Sejahtera* und *PT Global Jaya Abadi Gemilang*, zwei Unternehmen, die wiederum Paulus George Hung, einem Geschäftsmann aus Malaysia, gehören. Laut *Pusaka* sitzt Hung auch im Vorstand von PLA und SAS.

Dorfbewohner in Waimon und Gisim erinnerten sich, dass Hung an sie herangetreten war. Daniel Kayaru, der Vorsteher der Ortschaft Klajaring in Gisim, nannte ihn sogar den „Big Boss“, während Demianus Yapen, der Ortsvorsteher von Waimon, ihn „Mr. Ting“ nannte, eine Anspielung auf seinen alten malaysischen Namen Ting Ting Hong. Im Jahr 2006 gehörte Hung zu den 50 Personen, die von der indonesischen Regierung beschuldigt wurden, illegalen Holzeinschlag im Land betrieben zu haben. Er wurde mit einem Schiff in

Verbindung gebracht, das mit 21.000 Kubikmetern Holz an Bord in den Gewässern Papua Barats beschlagnahmt wurde. Trotzdem gelang es Hung, von der Regierung neue Forstwirtschaftsgenehmigungen zu erhalten, die ihm den Weg für weitere Geschäfte in Indonesien ebneten.

In Indonesien ist es üblich, dass Geschäftsleute sowohl in der Forstwirtschaft als auch im Plantagensektor tätig sind, da sie von der Abholzung der Wälder und dem Verkauf des Holzes profitieren können, bevor sie das Land in Plantagen umwandeln.

Piter sagte, es gebe Anzeichen dafür, dass viele Unternehmen, die Lizenzen für Ölpalmen beantragen, dies nur tun, um Bäume zu fällen und das Holz für schnelles Geld zu verkaufen, ohne die Absicht, eine Ölpalmenplantage anzulegen.

PLA und SAS hatten mit der Rodung ihrer jeweiligen Konzessionen noch nicht begonnen, weil sie nicht über die erforderlichen Genehmigungen für die Holznutzung verfügten. Ein anderes Unternehmen, dem die Genehmigungen entzogen wurden und das ebenfalls gegen den Landrat von

Sorong klagt, *PT Inti Kebun Lestari (IKL)*, hatte bereits eine Genehmigung für die Holzgewinnung erhalten.

Benidiktus sagte, als die lokale Regierung die Konzession von *IKL* überprüfte, habe sie Rodungen festgestellt. Fotos aus einem Dokument, das von *IKLs* Holzfäller, CV Aimas Jaya Mandiri, erstellt wurde, zeigen ebenfalls, dass es einige Abholzungen gegeben hat, fügte er hinzu.

In den Provinzen Papua Barat und Papua befinden sich einige der letzten verbliebenen Bestände kommerziell wertvoller Laubholzarten in Indonesien, darunter Merbau, ein begehrtes Ziel für illegale Holzfäller und Holzhändler.

Angesichts der vielen Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit *PLA* und *SAS* erklärte Piter, das Gericht solle die Klage der Unternehmen abweisen und erklären, dass ihre Genehmigungen in Übereinstimmung mit dem Gesetz widerrufen worden seien. „Denn bevor die Konzessionen widerrufen werden, haben sie einen mehrstufigen Bewertungsprozess durchlaufen, der von der Zentralregierung, der Anti-Betrugs-Behörde, der KPK, der Provinzregierung von Papua Barat und der Bezirksregierung von Sorong ausgeht“, sagte Piter.

Bevor die *PLA* die Klage einreichte, wandte sie sich an die indigenen Gemeinden, deren Gebiete sich mit ihrer Konzession in Waimon überschneiden. Sie boten einem der drei Clans des Dorfes, den Kasilik, Geld an, das dieser annahm. Demianus, der Dorfvorsteher, sagte, dass die Kasilik 300 Millionen Rupiah (21.000 USD) verlangten, sich aber mit der Hälfte dieses Betrags zufrieden gaben. Das Unternehmen zahlte die erste Rate, 50 Millionen Rupiah (3.500 USD), im April. Das Unternehmen versprach außerdem, dem Clan zwei Häuser in Sorong zu schenken und für die Ausbildung der Kasilik-Kinder bis zur Mittelschule aufzukommen, sagte Yunus Kasilik, ein Mitglied des Clans. Yunus sagte, dass diese Summe viel dazu beitragen könnte, die Lebensbedingungen der Waimon-Dorfbewohner zu verbessern. „Ich fange eine Menge Fische und Garnelen. Wie kann ich sie nach Sorong verkaufen, wenn es keine Straße gibt?“, sagte er. „Ich verteidige Palmöl



Dorfbewohner von Waimon © Hans Nicholas Jong für Mongabay



Einwohner, die von den Unternehmen vorzeitige Entschädigungszahlungen erhalten haben, befürchten nun, sie könnten diese zurückzahlen müssen © Hans Nicholas Jong für Mongabay

nicht. Aber kann die Regierung sich um [unsere] Straßenanbindung kümmern? Elektrizität?“ Einige der Dorfbewohner, darunter Demianus und Yunus, sagten, dass sie ihren Vertrag mit der PLA gerne kündigen würden, wenn die Regierung den Zugang zu Straßen und Strom für das Dorf garantieren könnte. „Alles, worum ich bitte, ist eine Straße und Strom, das ist alles“, sagte Yunus.

Der Sekretär der Bezirksregierung von Sorong, Cliff Agus Japsenang, stellte den Zeitpunkt des Auftauchens des Unternehmens in Frage und vermutete, dass es sich um einen Versuch der PLA handelt, die Unterstützung der Einheimischen für ihre Klage zu gewinnen. „Die Unternehmen sind im April, Mai oder Juni dieses Jahres aufgetaucht, nachdem die Genehmigungen widerrufen wurden“, sagte er. „Aber wir dürfen nicht vergessen, dass sie jahrelang Zeit hatten [um all ihre gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen], während sie nirgendwo zu sehen waren“. Johny, der Landrat von Sorong, sagte, das plötzliche Auftauchen des Unternehmens nach jahrelanger Abwesenheit sei ein Zeichen dafür, dass dem Unternehmen die Interessen der örtlichen Gemeinschaft nicht am Herzen lägen.

In Indonesien versäumen es die klammen Lokalregierungen oft, grundlegende Infrastrukturen zu bauen, wie im Fall von Waimon. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Agrar- oder Bergbauunternehmen diese Aufgabe übernehmen. Johny sagte jedoch, seine Regierung werde die Dorfbewohner, deren Gebiete sich mit den zurückgenommenen Konzessionen überschneiden und denen die Unternehmen ein besseres Leben versprochen hatten, nicht im Stich lassen.

„In dieser Situation hat die Regierung die Entscheidung [die Genehmigungen zu widerrufen] im besten Interesse der Menschen dort getroffen“, sagte er in einem Interview in seinem Haus in Sorong. „Es mag Leute geben, die das verstanden haben, aber auch solche, die es noch nicht verstehen und denken, dass diese Entscheidung ihnen geschadet hat.“

Johny sagte, seine Regierung habe eigentlich geplant, eine Straße zu bauen, um Waimon und andere Orte in der Region zu verbinden. Abschnitte der Straße wurden bereits von *Petrogas*, einem in der Region tätigen Öl- und Gasunternehmen, gebaut, aber das Projekt wurde aufgrund von Problemen beim Landerwerb gestoppt. Er werde sich erneut mit *Petrogas* in Verbindung setzen, um die



Mit seinen üppigen Regenwäldern und langen Stränden scheint Waimon ein idyllischer Ort zu sein © Hans Nicholas Jong für Mongabay

Wiederaufnahme des Straßenbaus zu besprechen, so der Landrat.

Waimon ist nicht das einzige Dorf, das sich über die möglichen Auswirkungen des Widerrufs der Genehmigungen Sorgen macht.

In Gisim, einem anderen Küstendorf im Landkreis Sorong, stehen die indigenen Bewohner vor einem ähnlichen Dilemma, da SAS, das andere Unternehmen, die Regierung von Sorong wegen des Entzugs seiner Genehmigung verklagt. Die Bewohner des Dorfes hatten dem Unternehmen die Rechte an 13.000 Hektar ihrer Wälder eingeräumt. Das Unternehmen hatte versprochen, sie in Form von Geld, Bildung und Wohnraum zu entschädigen, so der Dorfvorsteher Daniel. „Sie versprochen, dass wir mit Ölpalmenplantagen wohlhabend werden können“, sagte er. „Also haben wir [SAS] akzeptiert, damit wir unsere Zukunft ändern können. Wir können so wohlhabend werden wie andere Orte in Kalimantan und Sulawesi.“

Bis 2010 hatte SAS den Dorfbewohnern 500 Millionen Rupiah (35.100 USD) gezahlt, die die Gemeinde laut Daniel für verschiedene Zwecke, wie z. B. die Ausrichtung von Weihnachtsfeiern, verwendete. Danach sei das Unternehmen jedoch verschwunden, und die Dorfbewohner hätten keinen Kontakt zu seinen Vertretern aufnehmen können, sagte er.

Im April kam das Unternehmen PLA in das Dorf und teilte den Bewohnern mit, dass sie die Konzession von SAS übernommen habe. Daniel sagte, die Dorfbewohner hätten sich geweigert, mit PLA zu verhandeln, bis SAS die Sache mit ihnen geklärt habe. „Bei dem ersten Unternehmen [SAS]

waren wir der Meinung, dass sie nur mit uns spielen wollten“, sagte er. „Für das neue Unternehmen [PLA] müssen sie mit neuen Vereinbarungen arbeiten“.

Wie die Konzession in Waimon wurde auch die Konzession in Gisim nach der jüngsten Prüfung von der Bezirksregierung widerrufen, da sie von SAS seit mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr verwaltet wurde. Daniel sagte, dass der Rückzug die Situation weiter verkompliziert habe, da nicht klar sei, wohin SAS verschwunden ist und ob die Dorfbewohner das Geld, das sie von dem Unternehmen erhalten haben, zurückzahlen müssen. „Wir haben Angst vor dem Unternehmen. Wir wollen nicht, dass es uns [für das bereits gezahlte Geld] verklagt“, sagte er. „Wir wollen hören, wie der Landrat zu uns sagt: ‚Keine Sorge, ich zahle eure Schulden zurück‘. Wir haben ihn noch nicht getroffen, also sind wir noch nicht zufrieden.“

Der Landrat von Sorong, Johny, sagte, er werde die Dorfbewohner schützen. „Es könnte sein, dass die Leute es nicht besser wussten und eingeschüchtert wurden [das Geld anzunehmen]“, sagte er. „Hat man sie aufgeklärt und ihnen Gelegenheit zum Nachdenken gegeben? Der Punkt ist, dass die Regierung die Verantwortung übernehmen muss.“

Daniel sagte, dass er rückblickend die Entscheidung der Dorfbewohner bedauere, das Palmölunternehmen auf ihrem Land zu akzeptieren.

„Wir sitzen in der Falle. Wir haben [die Auswirkungen von] Palmöl nicht verstanden. Wir haben es einfach akzeptiert“, sagte er. „Danach haben wir gelesen und die Entwicklung in anderen Dörfern gesehen, und uns wurde klar, dass die Palmölfirma versucht hat, uns mit Geld und [Versprechungen von] Wohlstand zu ködern.“ ●

*\*\*Dieser Artikel von Hans Nicholas Jong ist im Original auf Englisch am 5. Oktober 2021 mit dem Titel „Loss of oil palm permits leaves Papuan villages uncertain and fearful“ bei <https://news.mongabay.com/> erschienen.*

*Wir danken Herrn Jong und Mongabay für die Genehmigung, diesen Artikel übersetzen und mit den Fotos abdrucken zu können.*

# Wer profitiert – wer wird benachteiligt?

## Von der Verstrickung von Politik, Militär und Unternehmen in Westpapua

Interview mit der Menschenrechtsanwältin Latifah Anum Siregar

Die Papuas profitieren oft nicht vom Reichtum ihres Landes © Claudia Lang

**Die Demokratische Allianz für Papua (AIDP) hat den Prozess zur Überarbeitung des Sonderautonomiegesetzes (UU Otsus) beobachtet. Was ist das Ergebnis Ihrer Überprüfung, besonders, was den Wirtschaftssektor betrifft? Wer profitiert und wer wird benachteiligt?**

Im Gesetz steht deutlich, dass indigene Papuas in wirtschaftliche Prozesse einbezogen werden sollen. In Wirklichkeit geschieht dies aber nicht. Ein Beispiel war vor kurzem die Nationale Sportwoche (PON XX)<sup>1</sup>. Dieses Großereignis sollte die Wirtschaft für die Menschen in Westpapua ankurbeln aber das ist nicht eingetreten. Diejenigen, die am Überarbeitungsprozess des Sonderautonomiegesetzes beteiligt waren, sind die wirklichen

Profiteure. Das sind Geschäftsleute, Politiker und das Militär. Für die Nationale Sportwoche wurden noch mehr Sicherheitskräfte nach Westpapua gebracht, obwohl hier bereits sehr viele Truppen stationiert sind. Das Sport-Event war aber nur ein Vorwand, denn auch in den vergangenen Jahren wurde die Zahl der Sicherheitskräfte ständig erhöht.

Die Frage war: sollte das Sonderautonomiegesetz überarbeitet oder neu entworfen werden? Auch bei dieser Überlegung wurden die indigenen Papuas nicht genug involviert.

Ich nenne als Beispiel das geplante Metallwerk, welches 40.000 neue Jobs schaffen soll. Wenn es um das Wohl der Papuas ginge, sollte dieses Werk

<sup>1</sup> Die Nationale Sportwoche (Pekan Olahraga Nasional, PON) ist das wichtigste nationale Sportereignis Indonesiens, welches alle vier Jahre organisiert wird. Die 20. Sportwoche (PON XX) fand vom 2. Oktober bis 15. Oktober 2021 in Westpapua statt.

in Papua gebaut werden, vor allem weil die Arbeitslosigkeit hier sehr hoch ist. Es würde dann ja auch nicht beim Hochofen bleiben, da würden sich anschließend hier noch mehr Unternehmen ansiedeln.

### Wie ermöglicht die Politik diese Praktiken, zum Beispiel mit der Vergabe von Konzessionen?

Wir wissen, dass die meisten Genehmigungen von der Zentralregierung in Jakarta aus erteilt werden. Im Rahmen des Sonderautonomiegesetzes war das schon mal anders. Da gab es die Volksgenossenschaften (Koperasi Peransera Masyarakat, Kopermas), die besonders für die Holzwirtschaft etabliert wurden. Dies war eine Initiative des Gouverneurs und basierte auf dem Sonderautonomiegesetz, wurde dann aber als unvereinbar mit den sektoralen Gesetzen gesehen und die Genossenschaften wurden verboten. Es gibt also das Sonderautonomiegesetz aber auch die sektoralen Gesetze zum Beispiel zu Bildung, Wirtschaft, und Gesundheit. Wenn es dort Konflikte gibt, werden die sektoralen Gesetze übergeordnet.

Das sieht dann konkret so aus: das Sonderautonomiegesetz sieht vor, dass private Unternehmen, die in Papua investieren wollen, alle nötigen

Werke und Büros in Papua bauen und betreiben müssen. Im sektoralen Gesetz zu Bergbau steht das aber nicht, also wird dieses Gesetz beachtet. Die Unternehmen können also vollkommen legal gegen das Sonderautonomiegesetz verstoßen. Diese sektoralen Gesetze gibt es nicht nur für den Bergbau, sondern auch für Forstwirtschaft und zum Beispiel für den Anbau von Palmöl. Die Unternehmen gründen zudem Tochtergesellschaften, damit es so aussieht, als würden sie die Infrastruktur in Papua aufbauen. Das Palmölunternehmen *Sinar Mas* operiert in Rajawali in Keerom. Die Zentrale sitzt aber in Jakarta und der ganze Profit fließt dorthin. Der Landrat kann nichts machen, denn die Genehmigungen wurden in Jakarta erteilt.

Diese Vorgehen basieren nicht nur auf politische Entscheidungen. Es werden auch Sicherheitsvorkehrungen genannt. Und dann ist keine weitere Diskussion mehr erlaubt. Das Metallwerk wird außerhalb von Papua gebaut werden. Die Begründung? Politische Überlegungen und Sicherheitsbedenken, wegen möglicher Demonstrationen, Vandalismus und Brandstiftung.

### Nicht nur die nationalen und internationalen Unternehmen haben Wirtschaftsinteressen in Westpapua,





Westpapua ist reich an natürlichen Ressourcen und attraktiv für Investoren (links) & sektorale Gesetze haben Vorrang - oft zu Lasten der Interessen der Papuas (rechts) © Claudia Lang

### sondern auch das Militär. Wie agiert das Militär in Westpapua, um seine Wirtschaftsinteressen zu sichern?

Viele halten die hohe Zahl von Sicherheitskräften in Westpapua für unangemessen, vor allem angesichts der vielen gewaltvollen Aktionen in den vergangenen Jahren. Es gibt mehrere Gründe für die Präsenz des Militärs in Westpapua. Der erste Grund ist ein ideologischer. Es gibt aber auch wirtschaftliche Überlegungen. Das Militär ist seit langer Zeit tief verwickelt in den wirtschaftlichen Prozessen, das fing schon unter Susilo Bambang Yudhoyono an und auch jetzt ist es noch so.

Konkret sieht das so aus: ein Unternehmen möchte in einem Gebiet aktiv werden - eine Mine anlegen oder eine Plantage anbauen. Sofort wird das Gebiet zu einem Hochrisikogebiet erklärt, wo das Militär für Sicherheit sorgen soll (Pamrahwan, pengamanan daerah rawan). In Depapre haben wir die Bevölkerung vor Ort juristisch beraten. Es gab dort eine Brücke und einige Häuser, das Gebiet war dünn besiedelt. Dann wollte die Firma Tablasupa eine Nickelmine bauen. Sofort wurde ein Militärposten eingerichtet, um das Gebiet zu „sichern“. Eigentlich war die Anwesenheit der Soldaten nur notwendig für den Tag des Transports der Schwermaschinen vom Hafen bis zur Mine, aber die Genehmigung für die Truppen wurde direkt für einen Monat ausgestellt und dann verlängert. Bevor mit den Bauarbeiten begonnen worden war, wurde die Bevölkerung unter Generalverdacht gestellt. Dazu kommt, dass die Menschen nicht angemessen entschädigt und Versprechungen an die Dorfgemeinschaft für Jobs oder

Schulen nicht eingehalten werden. Die Menschen sind unzufrieden, es kommt zu Spannungen, das Militär greift hart ein, die Truppenzahl wird aufgestockt. So entstehen viele Konflikte in Westpapua.

### Gibt es Gesetze, die verbieten, dass das Militär wirtschaftlichen Interessen nachgeht? Wie werden diese umgangen?

Erstens gibt es tatsächlich Gesetze, die die Wirtschaftsinteressen des Militärs sogar begünstigen. Der einfachste Weg zu Beginn ist der eben genannte. Wirtschaftlich wertvolle Gebiete werden automatisch zu „Risikogebieten“ erklärt. Schon hat das Militär einen Vorwand, um dort Truppen zu stationieren. Die Unternehmen nutzen das Militär als „Mittelsmänner“ bei den Verhandlungen mit der örtlichen Bevölkerung. Das Ziel ist natürlich Einschüchterung, damit die Leute unterschreiben, ohne ihre Rechte zu kennen und darauf zu bestehen. Wenn sich jemand beschwert, auch wenn dies örtliche Politiker tun, werden sie sofort als Separatisten oder Sympathisanten der Unabhängigkeitsbewegung stigmatisiert. Mehr Truppen in „Risikogebieten“ bedeutet auch mehr Geld für das Militär.

Ein Beispiel ist Wasior im Jahr 2001. Es gab Probleme bei den Entschädigungen für die Bevölkerung und die Menschen wandten sich an das Unternehmen. Das Unternehmen wollte nicht direkt mit den Menschen verhandeln, also wurde das Militär vorgeschickt. In dem Gebiet gab es



Die Nationale Sportwoche 2021 fand in Westpapua statt (Foto Humas Pemprov Papua)

auch einige TPN-OPM Gruppen<sup>2</sup>. Die Menschen dachten sich: wenn das Unternehmen das Militär schickt, bitten wir die TNP-OPM um Hilfe. Schon wurde die wirtschaftlich-soziale-kulturelle Angelegenheit zu einem politischen Konflikt.

Einige Unternehmen halten sich auch nicht an die Vereinbarungen, die in der Zulassung stehen. Dort sind beispielsweise in Keerom 5.000 Hektar Fläche für die Plantage vorgesehen und die Firma baut auf 50.000 Hektar Ölpalmen an. Auch halten sich die Firmen nicht an das örtliche Gewohnheitsrecht. So verhandeln sie zum Beispiel nur mit neun Stammesführern, obwohl es eigentlich elf in dem Gebiet gibt. Die Menschen fühlen sich betrogen und die Unternehmen nutzen die Tatsache aus, dass viele nicht wissen, was ihnen zusteht. Die Menschen treten ihr Land und ihre Rechte ab, ohne vorher ausreichend informiert worden zu sein. Die Unternehmen wissen: wenn die Leute sich auflehnen, habe ich das Militär mit seinen Waffen auf meiner Seite, schließlich bezahle ich sie dafür, meine Interessen zu schützen.

### Was muss geschehen, um die Ausbeutung der Menschen und der Umwelt in Westpapua zu stoppen?

Natürlich ist eine solide Gesetzeslage wichtig. Wir brauchen Gesetze, die die indigene Bevölkerung Westpapas anerkennen, schützen und stärken. Gesetze ohne Schlupflöcher, die auch wirklich implementiert werden können.

2 Militärischer Arm der Unabhängigkeitsbewegung Westpapas.

Die bisherige Verstrickung zwischen Unternehmen und Militär muss aufgehoben werden. Die Aufgabe des Militärs muss klar sein und die Unternehmen müssen besser beaufsichtigt werden. Es kann nicht sein, dass die Unternehmen das indonesische Militär als ihre Privatarmee nutzen können. Die Politik muss dort eine klare Linie beziehen.

Die Unternehmen müssen viel mehr als bisher in die Pflicht genommen werden, die Menschen vor Ort einzubeziehen. Die Bevölkerung muss richtig informiert werden über die Folgen der Tätigkeiten der Konzerne auf ihrem Land. Die Menschen könnten ja davon profitieren, dass die Unternehmen da sind - es gibt Vor- und Nachteile - aber zu oft wurden sie betrogen. Daher sind viele grundsätzlich dagegen, dass Unternehmen von außen nach Papua kommen. Leider sind es oft auch die örtlichen Machthaber, die bestechlich sind und nicht im Interesse der Menschen handeln. So hat ein Dorfoberhaupt in Sarmi zugestimmt, dass ein Unternehmen im Gebiet seines Dorfes den Wald abholzt, weil sie ihm ein Motorrad geschenkt haben. Es ist sehr wichtig, dass alle betroffenen Personen darüber aufgeklärt werden, was passiert. Es muss ihnen so erklärt werden, dass sie auch wirklich wissen, was sie unterschreiben. Einige von ihnen haben wenig Geld und treten ihr Land für einmalige Sach- oder Geldgeschenke ab und verstehen nicht, dass sie ihr Land für immer verlieren. Die Aufklärung der betroffenen Bevölkerung und den Schutz ihrer Rechte halte ich für unabdingbar.

### Frau Siregar, vielen Dank für das Gespräch! ●

Die Anwältin Latifah Anum Siregar erwarb ihren Master in Strafrecht an der Universitas Cenderawasih in Jayapura und ist Direktorin der Demokratischen Allianz für Papua (Aliansi demokrasi untuk Papua (AIDP)). Sie setzt sich für die Menschenrechte von Frauen und Kindern in Papua ein, wo der Staat keinen Schutz bietet und die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Gruppen aufgrund von Sicherheitsbedrohungen, finanziellen Schwierigkeiten und Schwierigkeiten beim Zugang zu Ressourcen in ländlichen Gebieten begrenzt sind.

*Das Interview führte Rina Yanike Krebru. Sie ist Mitarbeiterin des Büros für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung der Evangelischen Kirche in Papua.*



# Omnibusgesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen

Wirtschaftliche Entwicklung statt  
Menschenrechte und Umweltschutz

von Chad White

Polizei schießt mit Tränengas bei Protesten gegen das Omnibusgesetz in Indonesien im Oktober 2020 © Aji Styawan\_Greenpeace

**A**m 5 Oktober 2020 verabschiedete das indonesische Parlament das umstrittene Omnibusgesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen (in Bahasa Indonesia ‚Undang-Undang Nomor 11 Tahun 2020 Tentang Cipta Kerja‘). Dabei ignorierten die Regierung und das Parlament die Ängste, Bedenken und Warnungen, welche die indonesische Zivilgesellschaft in zahlreichen Großprotesten in fast allen Teilen des Archipels zum Ausdruck brachte. Nach Angaben der indonesischen Zeitung Kompas wurden bei den Protesten 5.918 Demonstrant\*innen verhaftet<sup>1</sup> und mindestens 204 Sicherheitskräfte verletzt<sup>2</sup>.

Der ursprüngliche Gesetzesentwurf umfasste 1,035 Seiten, wurde aber später auf 812 Seiten gekürzt. Das Omnibusgesetz beinhaltet Änderungen an 79 bestehenden Gesetzen in verschiedenen Bereichen, darunter auch in Fischerei, Land- und Forstwirtschaft, Energie und Bodenschätze, Industrie und Handel.<sup>3</sup>

Die indonesische Regierung erhofft sich durch die neoliberalen Gesetzesreformen das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und das Problem der Massenarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Das Omnibusgesetz ist Teil einer längerfristigen Strategie der indonesischen Regierung, die das

1 Tempo (11.10.2020): Police Arrest 5,918 Allegedly Creating Chaos Omnibus Law Protests, abrufbar unter: <https://en.tempo.co/read/1394944/police-arrest-5918-allegedly-creating-chaos-omnibus-law-protests>.

2 Aljazeera (9.10.2020): Demonstrations sweep Indonesia over controversial labour law, abrufbar unter: <https://www.aljazeera.com/news/2020/10/9/demonstrations-sweep-indonesia-over-controversial-omnibus-law>.

3 Baroindo (27.2.2020): 79 Undang-Undang Terimbas Omnibus Law Cipta Kerja, abrufbar unter: <http://baroindo.id/2020/02/27/79-undang-undang-terimbas-omnibus-law-cipta-kerja/>.

Land bis 2045 zu einer der fünf größten Wirtschaftsmächte der Welt machen soll.

Während die indonesische Industrie- und Handelskammer die Verabschiedung des

Omnibusgesetzes begrüßte<sup>4</sup>, kritisierten Nichtregierungsorganisationen – darunter Gewerkschaften, Umweltschützer und Menschenrechtsorganisationen – das umstrittene Gesetz. Sie argumentieren, das Omnibusgesetz führe zu einer nicht nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in Indonesien indem Arbeiterrechte eingeschränkt und Umweltauflagen gelockert werden.

Tatsächlich ist das Omnibusgesetz ein Produkt indonesischer Eliten. An der Ausarbeitung des Gesetzes waren 127 Personen beteiligt. Die meisten von ihnen stammen aus der Wirtschaft und Arbeitgeberverbänden.<sup>5</sup> Der Rest setzte sich aus Vertretern von Provinz- und Bezirksministerien zusammen. Diejenigen Bevölkerungsgruppen welche das Gesetz besonders hart trifft – nämlich Arbeiter\*innen sowie Indigene und andere weitreichende Teile der indonesischen Landbevölkerung – wurden bei der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs außen vorgelassen.

Bei den zahlreichen Protesten gegen das Omnibusgesetz wurden die neoliberalen Gesetzesreformen in den Bereichen Umweltschutz sowie dem Schutz von Arbeiter- und Indigenen-Rechten besonders kritisiert. Kritiker befürchten, dass das Gesetz die Existenzgrundlage von Millionen Arbeiter\*innen, Kleinbauer\*innen und Indigenen zerstören wird.

## Lockerung von Umweltauflagen

Mit dem Omnibusgesetz hat die indonesische Regierung Umweltstandards für Unternehmen erheblich gelockert, die Verfahren zur Bewilligung von Genehmigungen vereinfacht und den rechtlichen Rahmen für die Überwachung und Verhängung von Sanktionen verringert.



Studentenproteste gegen das Omnibusgesetz in Indonesien im Oktober 2020 © Aji Styawan\_Greenpeace

Das Gesetz sieht Änderungen am Artikel 23 von Gesetz Nr. 32/2009 über Umweltschutz und Umweltmanagement vor, welcher eine Umweltverträglichkeitsprüfung (Bahasa Indonesia AMDAL) für alle Vorhaben vorschreibt, die Auswirkungen auf die Landschaft, das soziokulturelle Leben oder das kulturelle Erbe haben könnten. Im Gegensatz zu Gesetz Nr. 32/2009 legt das Omnibusgesetz keine klar definierten Richtlinien für die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung fest.

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist nur noch notwendig, wenn Projekte eine „schwere Auswirkungen auf die Umwelt, das soziokulturelle Leben oder die Kultur“ haben.

Genauere Kriterien sollten dann in einer nachfolgenden Regierungsverordnung (Bahasa Indonesia

4 BBC (8.10.2020): Indonesia: Thousands protest against 'omnibus law' on jobs, abrufbar unter: <https://www.bbc.com/news/world-asia-54460090>.

5 Jubi (4.10.2020): Omnibus Law menghancurkan Papua, abrufbar unter: <https://jubi.co.id/omnibus-law-menghancurkan-papua/>.



Peraturan Pemerintah) geregelt werden. Darüber hinaus sollen Umweltexperten – wie Umweltbehörden, umweltrelevante technische Institutionen und Experten, Umweltorganisationen und Interessensvertreter – nicht länger an Umweltverträglichkeitsprüfungen beteiligt werden müssen.

Das Omnibusgesetz wird die Rolle von Regionalregierungen bei der Vergabe von Businesslizenzen deutlich schwächen. Die Zentralregierung ist nun die treibende Kraft bei der Vergabe von Konzessionen und Businesslizenzen. Sie kann gesetzliche Bestimmungen auf niedrigeren Verwaltungsebenen durch eine Regierungsverordnung in Absprache mit dem Repräsentantenhaus ändern oder außer Kraft setzen.

Im Kontext von Sonderautonomieregionen bedeutet dies, dass Sonderverordnungen, welche im Widerspruch zu nationalen Gesetzen stehen, direkt vom Präsidenten durch eine Präsidentialverordnung (Perpres) widerrufen werden können. Zuvor konnten Regionalgesetze nur durch den Gouverneur - als Vertreter der Zentralregierung

auf Provinzebene - widerrufen werden. Dies ist besonders besorgniserregend, wenn es sich um umweltschutzrelevante Genehmigungen handelt.

## Abschaffung von Arbeitsrechten

Das Omnibus-Gesetzespaket enthält zahlreiche Artikel, welche staatlich geregelte Arbeitsrechte abschaffen. Zukünftig sollen arbeitsintensive Industriezweige nicht mehr verpflichtet sein, den staatlichen Mindestlohn an die Mitarbeiter zu zahlen. Die Gehälter der Mitarbeiter von Mikro- und Kleinbetrieben müssen laut dem Omnibusgesetz nur noch oberhalb der Armutsgrenze liegen. Arbeitgeber können ihre Arbeiter\*innen nach Zeitarbeit und Akkord bezahlen und sie nach eigenem Ermessen anstellen und entlassen. Die Höchstgrenze für Beschäftigte in Zeitverträgen wurde abgeschafft und die Abfindung im Falle von Entlassungen deutlich reduziert.

Staatliche Vorgaben für Arbeitgeber\*innen zur Einhaltung von bezahltem Urlaub wurden ebenfalls abgeschafft. Vor der Verabschiedung des Omnibusgesetzes hatten Arbeitnehmer\*innen in Indonesien Anspruch auf drei Tage bezahlten Urlaub, wenn sie heiraten und auf zwei Tage, wenn ihre Kinder beschnitten bzw. getauft werden oder heiraten, oder wenn sie ein Kind erwarten. Arbeitnehmer\*innen, deren Familienangehörige sterben, erhalten nach der geltenden Verordnung ein bis zwei Tage unbezahlten Urlaub.

## Auswirkungen in Westpapua

Die Marginalisierung indigener Gemeinschaften, Landraub und Umweltverschmutzung durch Palmölplantagen und den Bergbau ist in Westpapua ein weitverbreitetes Problem.

Diese Situation indigener Papuas wird sich mit dem Inkrafttreten des Omnibusgesetzes verschlimmern. Die gesetzlichen Auflagen für Umweltverträglichkeitsprüfungen sind ein wichtiger Bestandteil zur Umsetzung und Einhaltung des Rechts auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC), dem international vereinbarten Standard zum Schutz indigener Völker.





Das Omnibusgesetz wird es Investor\*innen ermöglichen, Umweltverträglichkeitsprüfungen und damit verbundene Vorgaben zur Partizipation betroffener Gruppen zu umgehen. Mit dem Ausschluss von Umweltexperten und den betroffenen Gemeinden ist die Umweltverträglichkeitsprüfung zu einer nebensächlichen, rein bürokratischen Auflage für Unternehmen verkommen.

Mit dem Omnibusgesetz ist die indonesische Zentralregierung nun in der Lage, jegliche Sonderregelungen auf Provinzebene (Perdatus & Perdasi) außer Kraft zu setzen, die den wirtschaftlichen oder nationalen Interessen Jakartas widersprechen. Das Gesetz wird es der Zentralregierung ermöglichen, die Vergabe von Genehmigungen in Westpapua im Alleingang zu kontrollieren. Der Verwaltungsapparat auf Provinzebene wird dabei nur noch eine untergeordnete Rolle spielen, da das Omnibusgesetz die Selbstverwaltungsrechte und Funktionen von Provinz- und Lokalregierungen untergräbt.

Die im Omnibusgesetz verankerten Änderungen am Arbeitsrecht werden viele Arbeiter\*innen in Westpapua schwer treffen. Dies gilt besonders für diejenigen die für Großbetriebe in der Palmölindustrie, Holzproduktion und im Bergbau arbeiten. Bisher sind die meisten solcher Betriebe aufgrund ihrer Größe dazu verpflichtet gewesen, die arbeitsrechtlichen Vorgaben in Hinblick auf Lohn, Abfindung und bezahlten Urlaub einzuhalten. ●



Kinder spielen im Wasser © Carole Reckinger

Im Mai 2021 hat die Weltbank<sup>1</sup> nach einer Reihe virtueller Konsultationen zwischen September und Januar 2021 sowie im März 2021 mit verschiedenen Interessengruppen, darunter die Regierung, zivilgesellschaftliche Organisationen, Entwicklungspartner und der Privatsektor ihr neues Länderpartnerschafts-Rahmenprogramm (Country Partnership Framework - CPF) beschlossen, welches bis 2025 ausgelegt ist.

1 Seit den 1960er Jahren ist die Hauptaufgabe der Weltbank, die Armut in der Welt zu bekämpfen und die Lebensbedingungen der Menschen in den Entwicklungsländern zu verbessern.



# Das Partnerschaftsprogramm der Weltbank mit Indonesien (2021-2025)

Weltbank erneuert ihre Partnerschaft mit  
Indonesien durch Länderpartnerschafts-  
Rahmenprogramm

vom Westpapua-Netzwerk

Das übergeordnete Ziel des Programms ist die Operationalisierung der Unterstützung der Weltbank für die indonesische Regierung mit dem gemeinsamen Ziel, eine inklusive und nachhaltige wirtschaftliche Erholung von der COVID-19-Pandemie zu fördern und ein langfristiges Wirtschaftswachstum zu erreichen.

Das CPF soll während der zweiten Amtszeit von Präsident Joko Widodo (Präsident Jokowi), der 2019 wiedergewählt wurde, umgesetzt werden. Die Weltbank beschreibt die Regierung Jokowi als „vorsichtig reformorientiert“ (S.8). Insbesondere die Investitionen in Infrastrukturprojekte

werden von der Weltbank hervorgehoben – etwas, dessen Umsetzung besonders in Westpapua zu viel Kritik führt und für viele als negativer Aspekt für die anhaltende Zerstörung des Regenwaldes in Westpapua betrachtet wird.

Weiter schreibt die Weltbank, dass wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der zweiten Amtszeit Jokowi sich am nationalen mittelfristigen Entwicklungsplan (2020-2024) orientieren, „der erneute Anstrengungen zur Öffnung der Wirtschaft für Handel und Investitionen,

zur Deregulierung und zum Abbau der Verkrustungen auf dem Arbeitsmarkt vorsieht, um so die Bedingungen für private (insbesondere ausländische) Investitionen zu erleichtern, und der auch den Schwerpunkt auf Humankapital und Infrastrukturinvestitionen zur Steigerung der Produktivität bekräftigt.“ (S. 8).

Die wirtschaftliche Stärkung Indonesiens steht somit im Fokus dieses Partnerschafts-Rahmenabkommens. Dadurch sollen insbesondere die wirtschaftlichen Einbußen durch die Corona-Pandemie aufgefangen werden. Doch auch im Jahr 2019 gingen die Import- und Exportleistungen Indonesiens bereits deutlich zurück.

Die angestrebten Ziele für die nächsten Jahre zeigen, dass sich dies ändern soll: die Exporte sollen sich zwischen 2021 und 2025 um 2,2% auf 7,5% steigern, während die Importe sich im gleichen Zeitraum von 3,7% auf 8% mehr als verdoppeln sollen.

Gleichzeitig sieht die Weltbank Herausforderungen darin, eine ausgewogene Entwicklung für alle zu erreichen. Noch immer herrscht eine große Lücke in der Armutsbekämpfung. Besonders ländliche Gebiete und von Frauen geführte Haushalte sind stärker von Armut betroffen als andere.

Politische Maßnahmen, die ein integratives Wachstum behindern, bestünden zum Teil aufgrund der zugrunde liegenden Ursachen der Staatsführung fort, so die Weltbank in ihren Ausführungen. Die derzeitige Politik schränke den Wettbewerb ein, beschränke den Zugang zu produktiven Inputs und halte private Infrastrukturinvestitionen zurück. Schwacher Schutz und schwache Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, Mängel bei der Qualität der Ausgaben und Unzulänglichkeiten bei der Steuererhebung würden das integrative Wachstum zusätzlich beeinträchtigen, so die Finanzexperten der Weltbank. Obwohl sich verschiedene demokratiebezogene Indizes verschlechtert hätten, liege Indonesien als gewählte Demokratie weiterhin hoch im Kurs (Rang 68 unter 177 Ländern im Jahr 2019), ähnlich wie Georgien, Israel oder Kolumbien.

Dennoch wirken sich die von der Weltbank kritisierten politischen Aspekte insbesondere negativ auf die Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den Regierungsebenen aus und würden zu sich überschneidenden Mandaten und politischen Zielen führen. Widersprüchliche und intransparente Entscheidungen über die Zuteilung und Nutzung von Land und Wäldern würden zu Degradierung, nicht nachhaltigem Wachstum und negativen globalen Externalitäten (wie Treibhausgasemissionen und Verlust der biologischen Vielfalt) führen. Hinzu komme, dass die lokale Bevölkerung am wenigsten von der Zerstörung der Umwelt zugunsten wirtschaftlichen Interessen finanziell profitiere und stattdessen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sei, so die Weltbank.

Dies beobachten das Westpapua-Netzwerk und viele andere NGOs besonders in Westpapua und befürchten eine weitere Zunahme in der Zukunft.

Trotz der Reformorientierung der Regierung Jokowi sieht die Weltbank die Umsetzung dieser Reformen als „uneinheitlich“ (S. 14). Frühere Reformen zum Abbau von Marktzutrittschranken auf den Logistikmärkten und in den Häfen sowie zum Abbau von Energiesubventionen hätten zu Ergebnissen geführt. In einigen Bereichen (insbesondere in der Steuerpolitik) hätten sich die Reformen jedoch verzögert, während einige Reformen teilweise oder ganz rückgängig gemacht



Save Papua © Carole Reckinger



Eine Aufgabe der Weltbank ist es, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern © Carole Reckinger

worden seien, z.B. durch die Schwächung der Antikorruptionsbehörde, die Wiedereinführung von Energiesubventionen und Einfuhrzöllen, die intransparente Vergabe von Landrechten und die erneute Ausbeutung von Torfgebieten, was zu einer weiteren Verfestigung von Eigeninteressen führe.

Laut den Anmerkungen der Weltbank basiert das neue CPF zwischen der Weltbank und Indonesien auf vier Bereichen, in denen die Weltbankgruppe und die indonesische Regierung sowie andere Akteure zusammenarbeiten:

1. Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit durch höhere Steuereinnahmen und fiskalische und schuldenpolitische Nachhaltigkeit, Verbesserung der öffentlichen Ausgaben, Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen und Erhöhung der Tiefe, Effizienz und Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors.
2. Verbesserung der Infrastruktur durch Stärkung der Infrastrukturbereitstellung und der Qualität der Dienstleistungen sowie Übergang zu kohlenstoffarmer Energie bei gleichzeitiger Erreichung des allgemeinen Zugangs zu zuverlässiger und nachhaltiger Energie.

3. Förderung des Humankapitals durch Verbesserung der Qualität und Gleichheit von Bildung und Qualifikationen sowie von Ernährung und Gesundheit und Stärkung der Inklusivität und Reaktionsfähigkeit des Sozial- und Arbeitnehmerschutzes.
4. Nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, auf natürlichen Ressourcen basierende Lebensgrundlagen und Katastrophenresistenz durch eine verstärkte Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und der Umwelt sowie eine verbesserte Landwirtschaft und auf natürlichen Ressourcen basierende Lebensgrundlagen und eine verstärkte Widerstandsfähigkeit gegen verschiedene Katastrophenrisiken

Drei Querschnittsthemen - Digitalisierung, Gender und Klimawandel - sollen sich durch die vier Engagementbereiche ziehen und sollen in allen Aktivitäten des neuen Partnerschaftsrahmens enthalten sein.

Für Westpapua sind besonders die Herausforderungen relevant, die die Weltbank in dem vierten Handlungsbereich des CFP sieht.



Das Vorherrschen von Preis- und anderen Verzerrungen in der Landwirtschaft sei eine Hauptursache für Ineffizienz und ein Hindernis für die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Nahrungsmitteln und die Steigerung der landwirtschaftlichen Einkommen, so die Weltbank. Systemische Reformen würden auf den starken Widerstand der Interessengruppen der Ölpalmen-, Holz-, Zellstoff- und Papierindustrie stoßen, die oft über starke politische Verbindungen verfügen. Plantagenrohstoffe seien die Hauptursache für die Abholzung der Wälder und die Verschlechterung der Bodenqualität. Der Handel werde durch eine Fülle protektionistischer Maßnahmen behindert, die Indonesien hohe Lebensmittelpreise beschert hätten. Insbesondere die Subventionen für die Reiserzeugung, die die Produktion verzerren und hochwertige Kulturen verdrängen, würden hohe wirtschaftliche und soziale Kosten verursachen, langfristig die Einkommen der Landwirte drücken und seien ökologisch nicht vertretbar. Innerhalb der Regierung seien die Durchsetzung der Politik und die Koordinierung zwischen den Ministerien schwach. Darüber hinaus seien die Governance-Standards und -Kapazitäten in den risikoreichen Tieflandgebieten von Kalimantan, Papua und Sumatra außergewöhnlich schwach.

Für die erfolgreiche Implementierung des Partnerschafts-Rahmenprogramms ist es laut der Weltbank von besonderer Bedeutung, die regionalen Ungleichheiten in Indonesien auszugleichen, die besonders Westpapua betreffen.

Die Weltbank nennt „erschütternde regionale Unterschiede in Bezug auf Anbindung, Einkommen und Humankapital“ (S. 44) in Indonesien. Indizes zum Humankapital würden aufzeigen, dass der Großraum Java mit China oder Vietnam vergleichbar sei, während Gebiete wie Papua mit dem Tschad oder Niger vergleichbar seien. So würden ländliche Gebiete und der Osten des Landes bei der allgemeinen Infrastruktur und der Bereitstellung von Dienstleistungen, insbesondere bei der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie beim Zugang zu Gesundheitsdiensten zurückfallen. Obwohl die Dezentralisierung zu einer gewissen Konvergenz geführt habe, seien die Lücken beim Zugang zu und der Qualität von Dienstleistungen weiterhin sehr groß. Die Sicherstellung der Qualität der Ausgaben für eine bessere Entwicklung sei eine der wichtigsten Prioritäten, betont die Weltbank als ein Implementierungsmerkmal.

Des Weiteren setzt die Weltbank einen Fokus darauf, die Implementierungs-Risiken im Bereich des Umweltschutzes durch eine engmaschige Beratung und Betreuung sowie in der Unterstützung bei der Erfüllung der internationalen Verpflichtungen Indonesiens im Bereich des Klimawandels gering zu halten.

## **Aktuelle Aktivitäten und Projekte der Weltbank in Westpapua:**

Nationales Programm für erschwinglichen Wohnraum (aktiv bis 28.02.2023)

- Einzuordnen unter „Industrie, Handel und Dienstleistungen“
- Das Entwicklungsziel des Programms besteht darin, den Zugang zu erschwinglichem Wohnraum für Haushalte mit niedrigem Einkommen zu verbessern
- insgesamt zwei Projektstandorte in Papua und Papua Barat

Das nationale Projekt zur Wasserversorgung und Abwasserentsorgung im ländlichen Raum (PAMSIMAS AF)

- Einzuordnen unter Öffentliche Verwaltung; Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft
- Erhöhung der Zahl der unterversorgten ländlichen und stadtnahen Bevölkerung, die Zugang zu nachhaltigen Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsdiensten hat
- insgesamt sechs Projektstandorte in Papua und Papua Barat

Nationales Projekt zur Sanierung von Slums in Indonesien (aktiv bis 31.12.2022)

- Einzuordnen unter Wasser, Abwasser- und Abfallentsorgung; Verkehr; Gesundheit
- Verbesserung des Zugangs zu städtischer Infrastruktur und Dienstleistungen in bestimmten Slums in Indonesien sowie Wiederaufbau und Stärkung öffentlicher Einrichtungen und Siedlungen in ausgewählten, von Katastrophen betroffenen Gebieten
- insgesamt drei Projektstandorte in Papua und Papua Barat

Infrastrukturfinanzierung in Indonesien – Zusatzfinanzierung

- Einzuordnen unter Verkehr
- Zugang zur Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des Privatsektors in Indonesien zu verbessern
- ein Projektstandort in der Provinz Papua

Indonesien - Unterstützung der Reform der primären Gesundheitsversorgung (aktiv bis 30.04.2024)

- Einzuordnen unter Gesundheit; Informations- und Kommunikationstechnologien
- Stärkung der Leistungsfähigkeit des primären Gesundheitsversorgungssystems in Indonesien
- ein Projektstandort in der Provinz Papua

Drittes Projekt zur Wasserversorgung und Abwasserentsorgung für einkommensschwache Gemeinden/Gemeindebasierte Wasserversorgung (PAMSIMAS III) (aktiv bis 31.12.2021)

- Einzuordnen unter Öffentliche Verwaltung; Wasser, Abwasser- und Abfallwirtschaft; Sozialer Schutz
- Erhöhung der Zahl der unterversorgten ländlichen und stadtnahen Bevölkerung, die Zugang zu nachhaltigen Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsdiensten hat
- Insgesamt zwei Projektstandorte in Papua und Papua Barat

Nationales Projekt zur städtischen Wasserversorgung (aktiv bis 31.12.2022)

- Einzuordnen unter Wasser, Abwasser- und Abfallwirtschaft
- Das Entwicklungsziel des Projekts besteht darin, der Bevölkerung Zugang zu verbesserten Wasserquellen zu verschaffen und die Leistungsfähigkeit der Wasserdienstleister in ausgewählten städtischen Gebieten zu stärken
- Insgesamt vier Projektstandorte in Papua und Papua Barat

Korallenriff-Rehabilitations- und Managementprogramm - Korallendreieck-Initiative (COREMAP-CTI) (aktiv bis 30.06.2022)

- Einzuordnen unter Öffentliche Verwaltung; Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft
- Insgesamt zwei Projektstandorte in Papua und Papua Barat

Nationales Stadtentwicklungsprojekt (NUDP) (aktiv bis 31.12.2024)

- Einzuordnen unter Öffentliche Verwaltung
- Insgesamt zwei Projektstandorte in Papua und Papua Barat



Ökotourismus Training in Papua Barat © Albertus Vembrianto\_Greenpeace

# Der Tourismus in Papua Barat

## Zwischen ökonomischen Gewinnen und gesellschaftlicher Ausgrenzung für indigene Papuas

vom Westpapua-Netzwerk

In unserer ersten Journalausgabe dieses Jahres stellten wir Ihnen ein Interview mit dem Meeresbiologen Boris Worm vor, der uns von der biologischen Vielfalt des Meeres in Raja Ampat berichtete. Wir erfuhren von ihm, wie divers und schätzenswert die biologische Vielfalt des Meeres in dieser Region ist und wie Schutzmaßnahmen, die von der lokalen Bevölkerung unterstützt werden, positive Ergebnisse in der Schadensregulierung dieser Meeresbiodiversität haben.

Auch konnten wir einen ersten Eindruck übermittelt bekommen, welchen Einfluss der Tauchtourismus in dieser Region spielt. So berichtete Boris Worm, dass sich die Anzahl der sogenannten *liveboards*, also Boote, auf denen Taucher mehrere Tage wohnen können, enorm erhöht habe. Ebenso beobachtete er die Existenz neuer Resorts, die Ökotourismus betrieben. Diese Resorts bemühten sich zum Teil sehr gut, den Strand und die Riffe sauber zu halten und von Müll zu befreien. Gleichzeitig kritisierte Worm, die Personalpolitik der *liveboards*, da das Personal häufig nicht aus der Region stamme, nur saisonal einreise und eine Konkurrenz bezüglich der Tauchorte und der



Indigene Papuas werden oft von den wirtschaftlichen Vorteilen des Tourismus ausgeschlossen © Carole Reckinger

Arbeitsplätze entstehen. Es sei wichtig so wichtig, dass die Region nicht über den Köpfen der örtlichen Bevölkerung hinweg - und ohne, dass sie vom Tourismus auch wirtschaftlich profitiere - auf neue Weise ausgebeutet werde. Wenn der Tourismus von der örtlichen Bevölkerung betrieben werde, sei das viel nachhaltiger für Mensch und Natur.

An dieser Aussage von Boris Worm möchten wir heute anknüpfen und einen Blick auf den Tourismus als Wirtschaftsfaktor in der Provinz Papua Barat werfen. Wie ist dieser strukturiert, wer profitiert tatsächlich davon und welche Rolle spielen indigene Papuas im Tourismussektor?

Diese und ähnliche Fragen untersuchten im vergangenen Jahr zwei Forscher der Tokyo Metropolitan Universität aus Japan. Die Ergebnisse ihrer Studie<sup>1</sup> zum Tourismussektor in Papua Barat stellen wir Ihnen in diesem Artikel vor.

Papua Barat, das als erste Naturschutzprovinz Indonesiens klassifiziert wurde, weist die weltweit größte Artenvielfalt im Meer auf und umfasst mehr als 4100 Inseln. Die Wirtschaftsstruktur in Papua Barat ist wie auch in der Provinz Papua stark abhängig von extraktiven Wirtschaftszweigen. Da dies zur Erschöpfung der nicht erneuerbaren Ressourcen und Umweltzerstörungen führt, ist es von wirtschaftlicher Bedeutung, andere Sektoren zu stärken. Tourismus kann laut der oben genannten Studie der entscheidende Schlüssel für eine nachhaltige Wirtschaft in Papua Barat sein.<sup>2</sup> Statistiken zeigen, dass sich die Zahl der Touristen in Papua Barat zwischen 2006 und 2018 vervierfacht hat und die Zahl der Ausschiffungen in den Häfen und Flughäfen der Region, sich im gleichen Zeitraum sogar verzwanzigfacht hat.<sup>3</sup> Als Tourismusmagnet in Papua Barat dienen vor allem die Tauchspots in Raja Ampat, Cenderawasih Bay und Triton Bay

1 Tiku, Oscar/ Shimizu, Tetsuo (2020): Tourism, accommodation, and the regional economy in Indonesia's West Papua. In: *Island Studies Journal*, 15(2), S. 315-334.

2 Ebd. S. 317.

3 Ebd. S. 317.

und der Vogelkop (auch *Vogelkopf*, Birds Head Peninsula oder Doberai Peninsula), der besonders für Naturliebhaber mit seiner Vielzahl an endemischen Tierarten attraktiv ist.

Die japanische Studie hat für ihre Schätzung der Gesamtausgaben jedes Reisenden nach Papua Barat auf Zahlen von 2013 zurückgreifen müssen. So lagen damals die Gesamtausgaben der indonesischen Besucher in Papua Barat im Durchschnitt bei 1,51 Millionen Rps (umgerechnet 157,20 US\$) pro Reise, wobei mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben für Transportdienstleistungen ausgegeben wurde.<sup>4</sup> Laut der 2013 Indonesia Passenger Exit Survey (2013) lag der Anteil der ausländischen Besucher in Papua Barat im Vergleich zu allen anderen Regionen des Landes bei nur 0,03 % und wurde von Besuchern aus den Philippinen, den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich dominiert. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Provinz war mit 10,67 Tagen überraschend hoch und damit die viertlängste unter allen Provinzen. Diese lange Aufenthaltsdauer ist höchstwahrscheinlich auf die Abgeschlossenheit der Region und die mangelnde Erreichbarkeit zurückzuführen.<sup>5</sup>

In ihrer Studie versuchten die zwei japanischen Forscher den Beitrag des Tourismus, der sich in den Ausgaben der einheimischen und einreisenden Besucher widerspiegelt, zur regionalen Wirtschaft zu messen. So geben ihre Statistiken eine Zahl von ca. 42,66 Mio. USD an Ausgaben an, die indonesische Touristen im Jahr 2013 in Papua Barat ausgegeben haben, der Großteil davon floss in die Bereiche Transport, Lebensmittel und Einzelhandel (abzüglich Auto und Motorrad), Verpflegung bzw. Unterkunft.<sup>6</sup> Ausländische Touristen hingegen gaben ca. 9,11 Mio. USD aus, die hauptsächlich in die Bereiche Unterkunft, Fischerei sowie Lebensmittel und Einzelhandel (abzüglich Auto und Motorrad) flossen. Der starke Beitrag



Fischernetze reparieren © Lars Hanf

der indonesischen Besucher zum Verkehrssektor ist höchstwahrscheinlich auf die höheren interregionalen Transportkosten zurückzuführen, insbesondere in die östlichsten Regionen Indonesiens, so die Forscher. Ausländische Besucher hingegen bleiben in der Regel länger am Zielort und ihre Ausgaben für Unterkünfte sind relativ hoch.<sup>7</sup> Die Studie kommt jedoch auch zu dem Ergebnis, dass obwohl die Ausgaben der indonesischen Touristen zahlenmäßig größer sind, die Ausgaben der ausländischen Touristen größeren wirtschaftlichen Einfluss haben. Im Verhältnis sorgen diese z.B. für mehr Schaffung von Arbeitsplätzen, während einheimische Touristen mehr zum regionalen Arbeitseinkommen beitragen.<sup>8</sup>

Hinzu konnten die beiden Forscher einen Zusammenhang zwischen dem gewählten Standard der Unterkunft, den touristischen Ausgaben und dem wirtschaftlichen Wert dieser Ausgaben feststellen: bezogen auf die Unterkunftsklasse leisteten die Ausgaben der Touristen in 3-Sterne-Hotels den größten Beitrag zur Wirtschaft Papua Barats. Insgesamt trugen die touristischen Ausgaben in 3-Sterne-Unterkünften ca. 12,29 Mio. USD zur Produktion, ca. 6,32 Mio. USD zur Wertschöpfung, ca. 1,62 Mio. USD zum Einkommen und 1.151 Arbeitsplätze bei. Trotz des höheren Zimmerpreises pro Nacht verzeichneten 3-Sterne-Unterkünfte ein hohes Übernachtungsaufkommen, was auf die Vorliebe der Gäste für standardisierte

4 Ebd. S. 319.

5 Ebd. S. 319.

6 Ebd. S. 323.

7 Ebd. S. 323.

8 Ebd. S. 323 f.



Full-Service-Unterkünfte hinweisen könnte, so die Studie.<sup>9</sup>

Neben rein statistischen Zahlen bedarf es zu der ökonomischen Stärke des Tourismus‘ auch eine gerechte Verteilung dieser Vorteile. So identifizieren die zwei Forscher zwei Verluste, die trotz Gewinne durch den Tourismus in Papua Barat ausgelöst werden: die Einfuhr von Rohstoffen und die Beschäftigung von Ausländern und Nichtansässigen.<sup>10</sup>

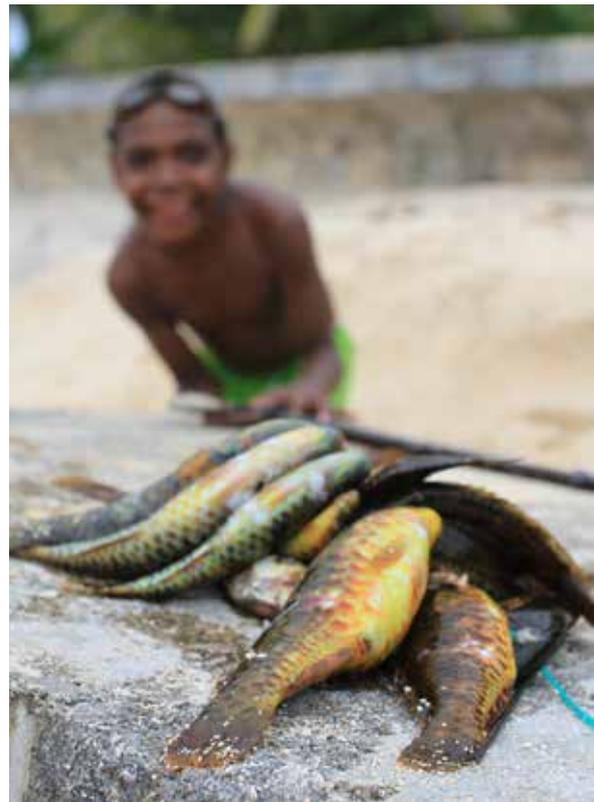
### Einfuhr von Rohstoffen nach Papua Barat

Das Phänomen der Verlagerung von Warenimporten beschreiben die Forscher Tiku und Shimizu anhand des folgenden Szenarios: Die steigende Zahl der Besucher in Papua Barat erhöht die Nachfrage nach Unterkünften, Lebensmitteln und Getränken, was wiederum die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten (z.B. Reis) erhöht. Diese können nur in begrenztem Umfang im Inland produziert werden. Da der lokale Markt nicht in der Lage ist, die neue Nachfrage nach Reis vollumfänglich zu befriedigen, wird das Angebot an Reis aus anderen Gebieten Indonesien und der Welt bezogen. Daher ist der Beitrag des Tourismus zum regionalen Wirtschaftswachstum gering, egal wie viele Einnahmen innerhalb des Reiseziels erzielt werden könnten, solange die wirtschaftliche Abwanderung nach außen hoch bleibt.<sup>11</sup>

Weiter kommt die Studie durch die Auswertung von Interviews zu dem Ergebnis, dass mit Ausnahme von Fisch und Holzmöbeln etwa 90 % der für die regionalen Beherbergungsbetriebe benötigten Waren aus anderen Regionen Indonesiens geliefert wurden.<sup>12</sup> So hat die Nachfrage der Touristen nach Lebensmitteln und Getränken während ihres Aufenthalts die Nachfrage nach Erzeugnissen erhöht, die nicht von vornherein vor Ort erzeugt

wurden, was die Versorgungslücke weiter vergrößert hat. In diesem Mangel an lokalem Angebot zur Deckung des tourismusbedingten Nachfrageüberhangs vermuten die Forscher die Hauptursache für das schleppende Wirtschaftswachstum in dem Reiseziel.<sup>13</sup>

Aus den Interviews geht auch hervor, dass klassifizierte (Sterne-)Unterkünfte ihre täglichen Produkte zumeist von Dritten oder externen Anbietern und Einzelpersonen beziehen; nur sehr wenige beziehen sie selbständig über ihre Köche. Obwohl die Produkte von regionalen traditionellen Märkten und Geschäften innerhalb der Region bezogen wurden, wird vermutet, dass ein erheblicher Teil der Produkte wie Gemüse und Obst aus anderen Regionen stammt. Tiku und Shimizu empfehlen daher künftige Studien, die sich mit



Fischerei bleibt ein wichtiger Wirtschaftszweig  
© Carole Reckinger

9 Ebd. S. 325.

10 Ebd. S. 326.

11 Ebd. S. 326.

12 Ebd. S. 326.

13 Ebd. S. 326.



Viele Lebensmittel werden importiert © Carole Reckinger

dem Ausmaß der Verlagerung von Waren durch den regionalen Einzelhandel und den Lebensmittelsektor befassen.<sup>14</sup>

Neben Lebensmitteln werden auch Hygieneprodukte wie Seife, Shampoo und Zahnbürsten im Großhandel außerhalb der Region bezogen, z. B. aus Jakarta und Surabaya, um Kosten zu sparen. Diese Abhängigkeit regionaler Beherbergungsbetriebe von überregionalen Importen von Reinigungs- und Hygieneprodukten führt nicht nur zu wirtschaftlichen Einbußen, sondern birgt auch Umweltrisiken. In diesem Sinne könnte die Einführung regionaler Vorschriften zur Begrenzung der Verwendung importierter Reinigungs- und Hygieneprodukten und zur Förderung der Verwendung lokal hergestellter und umweltfreundlicher Produkte eine gute Strategie sein, um mehrere Ziele zu erreichen, so ein Ergebnis der Studie.<sup>15</sup>

### Beschäftigung von indigenen Papuas im Tourismussektor

Aus den qualitativen Interviews im Jahr 2019 geht hervor, dass indigene Papua im regionalen Beherbergungsgewerbe immer noch unterrepräsentiert

sind. Die zwei Forscher haben 35 Beherbergungsbetriebe näher untersucht und von den dort insgesamt 1.073 beschäftigten Personen, die in den 35 Beherbergungsbetrieben arbeiten, sind 50,09% regional ansässig (Transmigranten), 25,37% Indonesier aus anderen Regionen, 23,07% als indigene Papuas und 1,47% als Ausländer identifiziert worden. Dieses Ergebnis deutet auf den großen Anteil inländischer Arbeitskräfte (98,5 %) im Vergleich zu ausländischen Arbeitskräften hin, die hauptsächlich aus Südafrika und China stammen. Die Arbeitskräfte werden von Vollzeitarbeitern (67%) dominiert, gefolgt von Jahresvertragsarbeitern (24,91%) und Teilzeit-/Tagesarbeitern (8,09%).<sup>16</sup>

Der Anteil der indigenen Papuas an der Gesamtbelegschaft war geringer als der der nicht-papuanischen Arbeitskräfte, insbesondere im Beherbergungssektor. Die Interviews der Forscher zeigen zwei Hauptfaktoren, warum Arbeitgeber indigene Papuas einstellen: Bemühungen, die Papuas durch Beschäftigung zu unterstützen; und Vorschriften des Arbeitsministeriums, die die Beschäftigung von einheimischen Arbeitskräften vorschreiben.<sup>17</sup> Die Interviewten gaben jedoch auch Gründe für eine Nicht-Beschäftigung indigener Papuas an,

14 Ebd. S. 326.

15 Ebd. S. 326.

16 Ebd. S. 327.

17 Ebd. S. 327.

die zum Teil an der begrenzten Bewerberanzahl Indigener lägen, als auch in kulturellen Unterschieden und schlechtem Verhalten, mangelndem Wissen oder mangelnder Ausbildung im Gastgewerbe zu finden seien, so die Befragten.<sup>18</sup> Im Gegensatz dazu nennen die Betreiber der Beherbergungsbetriebe in ihren Interviews mit den Forschern das vorhandene Wissen und die gute Einstellung und das gute Verhalten der regional ansässigen (Transmigranten) als eine Voraussetzung, diese zu beschäftigen.

In diesem Vergleich zeigt sich deutlich die (wirtschaftliche) Marginalisierung der Papuas im Beherbergungsbetrieb – verbunden mit einer Chancenungleichheit, die (wirtschaftlichen) Vorteile des Tourismussektors zu erhalten.

Ein Interview der beiden Forscher der Studie mit einem indigenen Stammesführer in Papua Barat kommt jedoch auch zu dem Ergebnis, dass die Förderung des Tourismus für die indigenen Gemeinschaften nicht von Priorität ist. Der Umweltschutz und die Durchsetzung der Rechte der indigenen Papuas auf ihr angestammtes Land sind von höherer Bedeutung.<sup>19</sup> Ausländische Investitionen in den Tourismus, z. B. durch den Bau von (multinationalen) Hotelketten und Resorts, waren keine Priorität, insbesondere auf den ländlichen und abgelegenen Inseln, wo die Armut am größten ist.<sup>20</sup>

Investitionen in den Tourismus durch Ausländer und Personen von außerhalb der Provinz wurden als „invasiv“ empfunden, so die Studie.<sup>21</sup> Mangels umfangreicher Arbeitsplätze für die indigene Bevölkerung und der damit verbundenen (wirtschaftlichen) Marginalisierung der Papuas, wird von diesen der Tourismus nicht als starker Entwicklungsfaktor gesehen. Daher steht die Entwicklung des Tourismus in dieser Region, – so die Forschungsergebnisse – insbesondere in den ländlichen Gebieten und auf den abgelegenen

Inseln, im Verdacht, eine Form der sanften Kolonialisierung zu sein.<sup>22</sup>

Diese Form der ungleichen Verteilung der wirtschaftlichen Gewinne durch den Tourismus in Papua Barat trägt laut den zwei japanischen Forschern nicht dazu bei, die Spannungen zwischen Jakarta und der indigenen Bevölkerung Westpapas zu minimieren.<sup>23</sup>

Eine positive Entwicklung lässt sich jedoch in der Entstehung von lokalen und von indigenen Papuas betriebenen Gasthöfen sehen. Vor allem auf den Raja-Ampat-Inseln sind diese Familienbetriebe im Besitz und unter der Leitung der einheimischen Papua-Insulaner und wurden vor allem in der Nähe der Meeresküste auf den bewohnten Inseln errichtet. Diese lokalen Gasthöfe sind seit 2013 mit der Raja Ampat Homestay Association verbunden. Darüber hinaus wurden die Gastfamilien in der Anfangsphase von der regionalen Regierung unterstützt, unter anderem durch die Beschaffung von Standard-Gästezimmern und waren von der Steuer befreit. Neben der Schaffung lokaler Arbeitsplätze, fördert die Homestay Association im Gegensatz zum formellen Beherbergungssektor eine 100%ige Beschäftigung für indigene Papuas.<sup>24</sup>

Um besonders die indigene Bevölkerung und junge Papuas stärker in den Beherbergungssektor zu integrieren, schlagen die Forscher vor, erschwingliche Bildungsangebote für das gesamte Gebiet, insbesondere für die Außeninseln, bereitzustellen, z. B. durch Online-Kurse, um die lokale Jugend auf die bevorstehende Entwicklung des Tourismus vorzubereiten.<sup>25</sup> ●

18 Ebd. S. 327.

19 Ebd. S. 328.

20 Ebd. S. 328.

21 Ebd. S. 328.

22 Ebd. S. 328.

23 Ebd. S. 329.

24 Ebd. S. 328.

25 Ebd. S. 329 f.

# All the Birds are Gone: Indigenous Women Speak Out Against Forest Loss in Papua

Herausgegeben von Asia Justice  
and Rights (AJAR)<sup>1</sup>

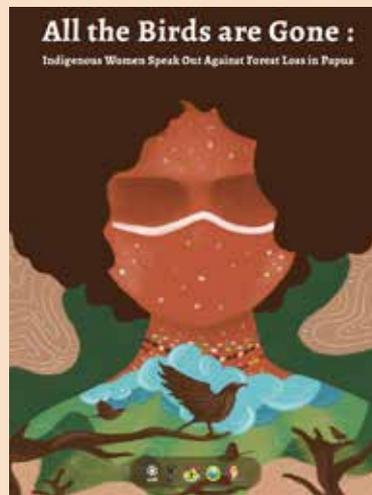
*„Ich habe immer noch meine Natur [traditionelles Land], aber die Polizei kommt immer zum Jagen. Wir haben ein Verbotsschild aufgestellt, aber die Polizei hat das Schild weggeworfen. Früher gab es nachmittags noch Rehe. Aber jetzt gibt es keine mehr, alle Vögel sind weg.“*

- KS, Kebar-Tal, Februar 2020

Zwischen November 2019 und Februar 2020 führten Asia Justice and Rights (AJAR) und die Papuan Women's Working Group (PWG) an fünf Orten in den Provinzen Papua und Papua Barat partizipative Forschungen durch, an denen 100 indigene Papua-Frauen teilnahmen. Die Forschung konzentrierte sich auf die Auswirkungen von Landraub und Waldverlust und wie indigene Frauen mit diesen Bedrohungen für ihre natürlichen Ressourcen und ihr Überleben umgehen und sich dagegen wehren.

AJAR und PWG sind der Meinung, dass trotz der vielen Gruppen, die für die Rechte der indigenen Völker auf natürliche Ressourcen arbeiten, die Stimmen der Papua Frauen immer noch ungehört blieben. Mit Hilfe partizipatorischer Forschungsinstrumente haben sie einen Weg gefunden, um die Stimmen indigener Frauen aus Papua, deren Wälder bedroht sind oder bereits verloren gegangen sind, zu hören und zu verstärken.

„Schon vor der Sonderautonomie waren indigene Frauen aufgrund ihres schwachen Status in der traditionellen Gesellschaft (adat) gefährdet. Frauen sind oft von der Teilnahme an Adat-Institutionen ausgeschlossen, haben nur wenige oder gar keine Rechte auf dem Land, werden zu Eheschließungen als Minderjährige gezwungen, an Bildungsmöglichkeiten gehindert und leiden unter wirtschaftlicher Marginalisierung, da sie keinen Zugang zu qualifizierter Beschäftigung haben. Nun äußern sich Papua-Frauen zu den negativen Auswirkungen des



Sonderautonomiegesetzes und fordern eine Bewertung der Muster von Rassismus, Sexismus und geschlechtsspezifischer Gewalt, die unter der Sonderautonomie erheblich zugenommen haben.“

„Als wir die Geschichten von 100 Frauen hörten, wurde uns klar, dass indigene Papua-Frauen nicht nur für ihren Lebensunterhalt, sondern auch für ihre kulturelle und spirituelle Identität von den Wäldern abhängen. Dennoch werden Frauen oft von der Regierung, von Plantagenunternehmen und von ihren eigenen gewohnheitsmäßigen (adat) Institutionen daran gehindert, an Entscheidungen über die Wälder, von denen sie abhängen, teilzunehmen. Oftmals erhalten Papua-Frauen keine Entschädigung, wenn ihr Land verkauft wird oder sie von den Dienstleistungen der Rohstoffindustrie profitieren. Dadurch sind sie noch verletzlicher und leiden am stärksten unter den negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen der Ausweitung der Plantagen und den Veränderungen, die diese Plantagen für das Leben und die Gesellschaft in Papua mit sich bringen.“

„Unsere Zeit mit den Frauen in diesen Gemeinden hat deutlich gezeigt, dass Papua kein „leeres Land“ ist und dass die Frauen, die in diesen wertvollen Wäldern leben und von ihnen abhängen, Rechte haben - sowohl als indigene Völker als auch als Bürgerinnen. Am Ende unserer Forschung sind wir noch mehr davon überzeugt, dass es dringend notwendig ist, auf die Stimmen der indigenen Frauen zu hören, wenn sie fordern, dass ihre Rechte und ihre Menschlichkeit anerkannt werden: ihr Recht auf traditionellen Landbesitz und auf die Ausübung ihrer traditionellen Lebensweise; auf Ernährungssicherheit; darauf, bei der Nutzung des Landes konsultiert zu werden und darauf, dass ihre Rechte anerkannt werden, wenn sie der Nutzung zustimmen; in ihren eigenen indigenen Institutionen mitzuwirken, gleichen Zugang zu Zugang zu staatlichen Gesundheits- und Bildungsdiensten zu erhalten; politisches Mitspracherecht zu haben; Schutz vor Gewalt und ein Leben in Würde.“<sup>2</sup>

1 in Zusammenarbeit mit Women's Advocacy Institute (eL AdPPer), The Justice, Peace, and Integrity of Creation Section of the Evangelical Christian Church of Papua (KPKC GKITP), The Institute for Human Rights Studies and Advocacy Papua (Elsham Papua) und the Kaki Abu Legal Aid Institute (LBH Kaki Abu).

2 Auszüge aus der Executive Summary von „All the Birds are Gone“.

Bitte Formular zurücksenden an:

Westpapua-Netzwerk  
Koordinationsstelle  
Rudolfstr. 137  
42285 Wuppertal

Fax: 0202 / 89004 179  
Email: wpn@westpapuanetz.de



## Abo-Formular Westpapua Journal

*Bitte ausfüllen und abschicken an obige Adresse.  
Oder unterstützen Sie uns als Fördermitglied und erhalten Sie so das Journal und zusätzlich andere Veröffentlichungen!*

Ich möchte das Westpapua Journal abonnieren und zahle jährlich einen Betrag von

### Einfaches Abo

- 30 € für Organisationen
- 20 € für Einzelpersonen
- 10 € für Nicht- oder Geringverdienende Einzelpersonen

### Fördermitgliedschaft

- 50 € als Fördermitglied
- 40 € als Fördermitglied (erm.)

Dieses Abonnement gilt für:

Name : \_\_\_\_\_  
 Anschrift : \_\_\_\_\_  
 Email (optional) : \_\_\_\_\_  
 Telefon (optional) : \_\_\_\_\_

- Ich möchte einmal im Jahr eine Rechnung zugeschickt bekommen
- Ich möchte per Einzugsermächtigung zahlen
- Ich bekomme bereits das Journal aber möchte nun eine Einzugsermächtigung erteilen

Mit dieser Einzugsermächtigung, die ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen kann, stelle ich die Arbeit des Westpapua-Netzwerks auf eine sichere Basis und helfe gleichzeitig Verwaltungskosten und Bankgebühren zu sparen. Ziehen Sie dazu die Abonnementgebühren für das Journal bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

Wenn Sie ihre Bankdaten angeben und unterschreiben, erklären Sie sich für den jederzeit widerrufbaren Lastezug bereit, der durch die Vereinte Evangelische Mission für das Westpapua-Netzwerk durchgeführt wird.

Bank : \_\_\_\_\_

IBAN : \_\_\_\_\_

**Datum, Unterschrift:** \_\_\_\_\_









Um dieses Journal zu abonnieren oder Fördermitglied des Westpapua-Netzwerks zu werden, besuchen Sie bitte: <https://bit.ly/2xTaoQc>

Um unsere E-Infos per Email zu empfangen, besuchen Sie bitte: <http://www.westpauanetz.de/mitmachen/newsletter-abonnieren>

Besuchen Sie uns auch auf

 [westpauanetzwerk](https://www.facebook.com/westpauanetzwerk)

 [@westpauanetz](https://twitter.com/westpauanetz)